

Schriftenreihe des Landtages Brandenburg Heft 8/2014

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke und Aussprache

19. November 2014



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Blick in das Plenum des Brandenburger Landtages während der Regierungserklärung am 19. November 2014.



Inhalt

05

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke

15

**Ingo Senftleben
(CDU)**

25

**Klaus Ness
(SPD)**

35

**Dr. Alexander Gauland
(AfD)**

45

**Ralf Christoffers
(DIE LINKE)**

51

**Axel Vogel
(GRÜNE/B90)**

63

**Christoph Schulze
(fraktionslos)**

67

**Péter Vida
(fraktionslos)**

71

**Iris Schülzke
(fraktionslos)**

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke



Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Meine sehr verehrten Damen
und Herren Abgeordnete! 25 Jahre nach
der Friedlichen Revolution, der wir dieser
Tage vielfach gedacht haben, ist unser
Land Brandenburg eine leistungsstarke
und dynamische Region mitten in Europa.

Brandenburg steht heute so gut
da wie niemals zuvor in seiner jungen
Geschichte. Die gute Wirtschaftsent-
wicklung, eine moderne Industrie, eine
moderne Landwirtschaft, eine deut-
lich gesunkene Erwerbslosigkeit, so-
lidge öffentliche Finanzen, ein starker
Zusammenhalt und gewachsene gesell-
schaftliche Offenheit – das ist es, was
Brandenburg heute ausmacht.

Auf dieser Grundlage wollen wir am
Ende dieser Legislaturperiode auf eigen-
en Füßen stehen und den vor knapp
25 Jahren begonnenen Aufbruch zum
Abschluss bringen. Sicher, selbstbe-
wusst und solidarisch – das ist das
Brandenburger Erfolgsrezept und das
ist auch der Geist unseres Koalitions-
vertrages.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Unser Maßstab dabei ist: Gleiche
Chancen für alle Kinder von Anfang an,

wirtschaftlicher Erfolg, gute Arbeit, Zu-
sammenhalt und Sicherheit im ganzen
Land.

Schon heute, meine sehr verehrten
Damen und Herren, hängt der Bildungs-
erfolg in keinem anderen Bundesland so
wenig von der sozialen Herkunft ab wie
hier bei uns in Brandenburg.

*(Zuruf des Abgeordneten Hoffmann
[CDU])*

Wir wollen gleiche Bildungs- und
Aufstiegchancen von Anfang an. Des-
halb werden wir die Landesförderung für
unsere „Netzwerke Gesunde Kinder“ er-
höhen, den Betreuungsschlüssel in den
Kindertagesstätten weiter verbessern
und innerhalb der nächsten fünf Jahre
mindestens 4.300 junge – neue – Leh-
rerinnen und Lehrer einstellen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Gleiche Bildungschancen sind das
Fundament sozialer Gerechtigkeit. Des-
halb werden wir auch die Ganztags-
schulen weiter ausbauen. Überall dort,

wo Schulträger und wo die Eltern es wünschen, wird zudem die Fusion zu Schulzentren möglich sein.

Gute Bildung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch das Fundament unserer Zukunftsfähigkeit. Wir brauchen in Brandenburg aber eben nicht nur Ärzte, Lehrer und Ingenieure, wir brauchen ebenso dringend Facharbeiter, Handwerker, Freiberufler und Altenpfleger.

Was wir aber nicht brauchen, sind Menschen, die aufgrund fehlender Unterstützung unterhalb ihrer Möglichkeiten bleiben müssen. Sozialer Aufstieg muss für alle möglich sein. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden die Rahmenbedingungen dafür setzen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, egal wo sie wohnen, haben ein Recht auf gute Bildung. Aber Sie haben auch ein Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung und effektive, funktionierende Verwaltungsstrukturen; auch das werden wir als Landesregierung sicherstellen.

Wir sind ein attraktiver Gesundheitsstandort. Unsere Krankenhäuser sind gut aufgestellt. Gleichwohl benötigen wir innovative und leistungsgerechte Lösungen, um unsere Gesundheitsversorgung für den demografischen Wandel, der in vollem Gange ist, zu wappnen.

Diese Koalition wird bis 2019 mindestens 400 Millionen Euro in unsere Brandenburger Krankenhäuser investieren und sie als Anker unserer gesund-

heitlichen Versorgung in der Fläche des Landes stärken.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wo Ärztemangel besteht, unterstützen wir als Koalition alle Bemühungen, Medizinische Versorgungszentren einzurichten. Wir fördern die Verknüpfung stationärer und ambulanter Betreuungsangebote und die Kooperation medizinischer Einrichtungen. Wir setzen vor Ort auf Gemeindeschwestern zur Entlastung der Ärzte, auf den verstärkten Einsatz von Telemedizin, auf Prävention und Gesundheitsförderung. Kurzum: Wir passen unsere Gesundheitsversorgung an die Gegebenheiten vor Ort, aber auch an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an – zum Wohl der Menschen in allen Teilen unseres Landes.

Viele Jahre war der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit das Hauptthema in Brandenburg und war auch hier im Landtag eines der wichtigsten Themen. Die Hoffnungslosigkeit der frühen Neunziger war auch für mich zutiefst prägend. Seitdem haben wir um jeden Arbeitsplatz in Brandenburg gekämpft, und, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir hatten Erfolg. Selbst die größten Optimisten hatten die Halbierung der Arbeitslosenzahlen von fast 20 % auf heute unter 9 % nicht für möglich gehalten.

Wir werden und wir müssen weiterhin alles dafür tun, dass Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Unser Erfolg macht uns Mut, den Blick fest nach vorn zu richten und auch nach außen selbstbewusst aufzutreten.

2013 waren wir Brandenburger Spitzenreiter unter den ostdeutschen Ländern beim Wirtschaftswachstum. Diesen Erfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir verstetigen. Deshalb halten wir am Grundsatz unserer Förderpolitik „Stärken stärken“ weiter fest.

Auch künftig wollen wir förderpolitische Entscheidungen an dieser Grundlage ausrichten. Denn wir sind längst nicht am Ziel. Oder – wie es ein sozialdemokratischer Unternehmer einst formuliert hat –: Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.

Wir wollen und müssen ein starkes Industrieland bleiben. Denn wir wissen: Ohne die Arbeitsplätze in den Papier- und den Chemiewerken, in der Luft- und Raumfahrtindustrie, in der Stahl-, der Kohle- und der Energieindustrie sähe die Lage in unserem Land Brandenburg, vor allem die Lage am Arbeitsmarkt, ganz anders aus. Brandenburg wird auch in den kommenden Jahren um jeden einzelnen Industriearbeitsplatz kämpfen müssen. Aber wir müssen auch um die kleinen und mittleren Unternehmen, um das Handwerk und die innovativen Startups kämpfen. Von der Existenzgründung bis hin zur Unternehmensnachfolge wollen wir unseren Unternehmen ein verlässlicher Partner sein.

Die Voraussetzungen für Wachstum und Innovationen sind gut. Brandenburg verfügt über hervorragende Hochschulen, ist selbstbewusster Teil einer dynamischen Metropolregion und hat als Scharnier zwischen Ost und West gute Zugangsbedingungen zum europäischen Markt.

War in den 90er-Jahren die hohe Arbeitslosigkeit die größte Herausforderung, so ist es heute die Fachkräftesicherung. Deshalb wollen wir die Berufsvorbereitung an den Schulen stärken und dabei besonderes Augenmerk auf die Vernetzung von Schulen, regionalen Betrieben, Kammern, Behörden und Beratungsstellen legen. Jugendliche in Brandenburg sollen frühzeitig Einblick in das Berufsleben erhalten, um sich richtig entscheiden zu können. Dadurch vermindern wir auch das Risiko von Ausbildungsabbrüchen und Niedriglohnkarrieren. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Mit dem Brandenburgischen Ausbildungskonsens haben wir das richtige Instrument zur Hand. Alle entscheidenden Akteure sitzen hier in einem Boot.

Vernetzung ist das Schlüsselwort. Das gilt auch für unsere Hochschulen. Brandenburg ist und bleibt ein Wissensschaftsland. Aber wir wollen noch einen Schritt weiterkommen. Gerade im Bereich Forschung und Entwicklung, aber auch bei der Fachkräftegewinnung gibt es noch große Potenziale; sie liegen vor allem in der Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

(Einzelbeifall bei der SPD)

Wir werden neue, duale Studiengänge aufbauen und das berufs- und familienbegleitende Studieren erleichtern. Dafür nehmen wir Geld in die Hand. In dieser Legislaturperiode stehen für unsere Hochschulen zusätzlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist für die Zukunft unseres Landes sehr gut angelegtes Steuergeld.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unternehmen brauchen Fachkräfte, aber auch eine gute Infrastruktur. Dazu gehört ein flächendeckendes Breitbandnetz. Wir werden weiter intensiv daran arbeiten, dass alle Regionen unseres Landes, alle Bürger und alle Unternehmen an das Breitbandnetz angeschlossen werden können. Auch dabei geht es um Chancengleichheit. Wir setzen auf die Stärken im Berliner Umland genauso wie auf die Stärken in den berlinfernen Räumen. Auch aus diesem Grund wird die Koalition 230 Millionen Euro für die Infrastruktur bereitstellen. Davon sollen allein 100 Millionen Euro für Landesstraßen und Ortsdurchfahrten zur Verfügung stehen. Weitere Mittel sind insbesondere für die kommunale Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie für Einrichtungen der Feuerwehr und für Sportvereine vorgesehen.

Teilhabe und Mobilität gehören zusammen – im gesamten Land. Deshalb werden wir auch die Programme der Städtebauförderung, des Stadtumbaus und der Wohnraumförderung fortführen. Zudem werden wir gemeinsam mit den Kommunen und weiteren Partnern ein Mobilitätskonzept erarbeiten und Mobilität in Brandenburg zukunftsfähig gestalten.

Lassen Sie mich beim Thema Infrastruktur aber auch etwas zum Flughafen Berlin-Brandenburg sagen.

(Zuruf von der AfD: Oh ja! Wir hören!)

Sie können gewiss sein: Die Koalition wird mit Nachdruck für die schnellst-

mögliche Fertigstellung des BER eintreten und mit dem gleichen Nachdruck für die Umsetzung des Schallschutzprogramms sorgen. Wir werden weiterhin darauf dringen, mehr Nachruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner zu erreichen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und natürlich gilt nach wie vor: Eine dritte Start- und Landebahn wird es mit uns nicht geben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich kann an dieser Stelle nur wiederholen: Ein erfolgreicher Flughafen braucht die Akzeptanz des Umlandes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Akzeptanz spielt auch in der Energiepolitik eine Schlüsselrolle. Die Energiewende ist eines der wichtigsten politischen Projekte des laufenden Jahrhunderts. Brandenburg ist Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben unter allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die höchste Produktion erneuerbarer Energien pro Einwohner. Rein rechnerisch könnten wir 70 % unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken.

Es ist allerdings so, dass wir wegen unseres hohen Ausbaugrades auch die Grenzen der erneuerbaren Energien kennen. Es muss jetzt auch darum gehen, die größtenteils unzuverlässigen erneuerbaren Energien zu zuverlässigen erneuerbaren Energien zu machen. Deshalb legen wir auch in den kommenden Jahren unser Augenmerk auf die Systemintegration der Erneuerbaren, sprich: auf den Ausbau der Netze und auch auf

die Entwicklung von Speichertechnologien. Auch insoweit verfügt Brandenburg bereits über wertvolle Erfahrungen, die wir in die Bewältigung dieser bundesweiten Herausforderung einbringen werden.

Ob die Energiewende – nicht nur bei uns, sondern in der gesamten Republik – letztlich auf Akzeptanz stößt, steht und fällt aber auch mit der Bezahlbarkeit und der Versorgungssicherheit in Deutschland. Auf absehbare Zeit führt deshalb an der Braunkohle kein Weg vorbei. Als Brückentechnologie garantiert sie genau diese zwei Dinge: Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Für die Lausitz ist die Braunkohle ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der gute Arbeitsplätze sichert.

(Beifall SPD, DIE LINKE, CDU sowie vereinzelt AfD)

Deshalb verlangen wir von Vattenfall eine zügige und vor allem verantwortungsbewusste Entscheidung über die Zukunft der Braunkohlesparte.

(Beifall der Abgeordneten Lehmann und Ness [SPD] sowie Domres [DIE LINKE])

Wir lassen die Menschen in der Lausitz bei den anstehenden Veränderungen nicht allein. Auch darauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie sich verlassen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Neben Bildung, Gesundheit und Wirtschaft ist Sicherheit ein Thema, das viele Brandenburgerinnen und Brandenburger bewegt. Wir wollen ein sicheres

Brandenburg. „Ein sicheres Brandenburg“ heißt: Schutz vor Armut. „Ein sicheres Brandenburg“ heißt aber eben auch: Schutz vor Kriminalität. Hundertprozentige Sicherheit kann und wird es nicht geben. Aber Sie können sich darauf verlassen, dass die von mir geführte Landesregierung größtmögliche, vor allem auch flächendeckende Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger erreichen will. Daran orientiert sich auch die bereits laufende Evaluation der Polizeistrukturereform. Dazu gehört, dass alle Polizeireviere erhalten bleiben. Dazu gehört, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten bis Ende des Jahrzehnts mindestens 7.800 betragen soll. Dazu gehört auch, dass die Präsenz in der Fläche, der Erhalt der Hundertschaften und kurze Interventionszeiten unsere Zielmarken sind. Mit jährlich mindestens 275 jungen Polizeianwärterinnen und -anwärtern an der Fachhochschule der Polizei werden wir für Nachwuchs sorgen.

Die Kriminalitätsschwerpunkte im Berliner Umland und im Grenzbereich zu Polen stellen auch in den kommenden Monaten und Jahren eine besondere Herausforderung dar. Die gute Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden, der Justiz und den Einsatzkräften wollen wir fortführen und ausbauen. An dieser Stelle ist übrigens auch der Bund in der Pflicht. Ich würde mir wünschen, dass das neu ausverhandelte Polizeikooperationsabkommen möglichst schnell in Kraft tritt. Diese kleine Bitte in Richtung Bundestag sei mir gestattet.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gut funktionierende Sicherheitsstrukturen sind unverzichtbar. Doch eines können sie nicht ersetzen: eine aufmerksame und solidarische Bürgerschaft. Diese Koalition tritt für eine Gesellschaft ein, in der nicht weg-, sondern hingeschaut wird. Wir wollen keinen Mantel des Schweigens, sondern eine Kultur der Offenheit. Wir wollen ein Land, in dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Lebensweise und Religion Respekt und Toleranz erfahren und willkommen sind. Hetzer und Hassprediger dürfen in Brandenburg keinen Millimeter Platz finden ...

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und vereinzelt AfD)

... in unseren Schulen nicht – und nicht auf unseren Straßen. Deshalb wird die Brandenburger Landesregierung auch weiterhin mit allen gesetzlichen Mitteln gegen rechtsextremistische Strukturen vorgehen und die vielen Initiativen der Zivilgesellschaft für mehr Zivilcourage unterstützen. Gemeinsam mit ihnen allen werden wir dafür sorgen, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in unserem weltoffenen Brandenburg keinen Platz haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg hat in den vergangenen Jahren wesentlich dazu beigetragen, die gesellschaftlichen Abwehrkräfte gegen fremdenfeindliche Keime zu stärken. Wir wollen das Handlungskonzept und seine bewährten Maßnahmen fortführen. Offenheit und Toleranz sollen auch diejeni-

gen Menschen erfahren, die als Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land kommen. Deshalb setzen wir auf eine Willkommenskultur, die Integration in Schule und Gesellschaft bewirkt. Ich ermutige alle Initiativen, die sich dafür vor Ort stark machen, in ihrem Engagement nicht nachzulassen, sondern es möglichst noch stärker zu entfalten.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Wir sind uns bewusst, dass die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen hohen Belastungen ausgesetzt sind. Deshalb brauchen wir ein Sonderprogramm zur menschenwürdigen Unterbringung und werden dabei auch den Bund in die Pflicht nehmen. Auch die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Eisenhüttenstadt wollen wir vorübergehend durch Außenstellen an anderen Orten entlasten. Diese Akutmaßnahmen – wenn ich sie so nennen darf – sollen durch eine Gesamtstrategie ergänzt werden. Die Brandenburger Landesregierung bekennt sich umfassend zu ihrer Verantwortung gegenüber verfolgten und notleidenden Menschen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Frau Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Regionen und Kommunen haben einen tiefgreifenden Strukturwandel hinter sich. Vielerorts wurde dieser Wandel als Chance begriffen und genutzt. Genau das ist auch unser Anspruch an die öffentliche Verwaltung. Die Koalition bekennt sich zu einer

flächendeckenden und funktionsfähigen öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch deshalb müssen wir die Strukturen der öffentlichen Verwaltung bedarfsgerecht modernisieren und zukunftsfest machen. Das ist nötig, um eine leistungsfähige Selbstverwaltung auch in Orten mit Bevölkerungsrückgang zu erhalten und die Qualität zu sichern.

Ich sage ganz klar: Die geplante Strukturreform ist eine Reform für die Menschen, nicht gegen die Menschen. Verwaltung muss für die Bürgerinnen und Bürger da sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die kommunale Selbstverwaltung und die ehrenamtliche Arbeit werden dabei nicht infrage gestellt, sondern wir wollen sie möglichst weiter stärken.

Es wird jetzt viel über eine Kreisgebietsreform geredet. Ich sage es ganz deutlich: Aus meiner Sicht sind 18 komplette Kreisverwaltungen für ein Bundesland wie Brandenburg zu viel. Aber ich möchte an dieser Stelle unterstreichen: Das ist nur ein Aspekt, der im Zusammenhang mit einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform zu betrachten ist. Im Englischen gibt es den schönen Spruch: „Form follows function.“ Die Funktion ist und bleibt es, den Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Leistungen umfänglich, unbürokratisch und kostengünstig zu decken. Die Verwaltung der Zukunft soll zugleich effizient und bürgernah, aber eben auch finanzierbar und modern gestaltet sein, denn die Herausforderung besteht darin, strukturell auf die spezifische Bevölkerungsentwicklung in den Regionen un-

seres Landes zu reagieren. Wir müssen der veränderten Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber öffentlichen Verwaltungen unseres Landes gerecht werden und die Möglichkeiten unseres digitalen, mobilen Zeitalters noch stärker nutzen. Die Empfehlungen der Enquetekommission 5/2 bilden hierfür eine gute Grundlage.

Die Kommunen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind – das ist ganz klar – das Herz des öffentlichen Lebens in Brandenburg. Starke attraktive Städte und Gemeinden sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger gerne hier bei uns in Brandenburg leben. Deshalb wollen und werden wir unsere Kommunen auch finanziell stärken. Unser Pakt für zukunftsfähige Kommunalfinanzen wird ein Teilentschuldungsprogramm für hochverschuldete Kommunen einschließen. Und Finanzen, meine Damen und Herren, sind ein wichtiges Stichwort. Denn „solidarisches Brandenburg“ heißt auch: Wir sind den künftigen Generationen verpflichtet. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir eine solide Haushaltspolitik verfolgt. Wir haben den Haushalt konsolidiert und sind in diesem Jahr sogar in die Schuldentilgung eingestiegen. Gleichzeitig haben wir die Entwicklung unseres Landes weiter vorangetrieben.

Die Landesregierung wird die solide Finanzpolitik ausgeglichener Haushalte ohne neue Schulden fortsetzen – mit sozialem Augenmaß und besonderen Spielräumen für die Entwicklung in zukunftsorientierten Bereichen. Deshalb setzen wir auf die beschriebenen

Schwerpunkte. So wollen wir unseren Aufbruch als solidarisches, sicheres und selbstbewusstes Land mit einer finanziellen Basis, die uns auch über 2019 hinaus trägt, sicher vollenden. Dazu gehört, dass sich die Landesregierung aktiv für eine Weiterentwicklung der europäischen Förderpolitik ab 2019 einsetzt – in unserem Interesse, als europäische Übergangsregion. Dazu gehört auch, dass wir entschlossen für die Zukunft föderaler Solidarität in Deutschland kämpfen. Die Landesregierung beteiligt sich aktiv an den derzeitigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern. Wir setzen uns dabei mit Nachdruck für brandenburgische, aber eben auch ostdeutsche Interessen ein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Denn trotz der großen Aufholleistung in den vergangenen Jahren liegt die Steuerkraft der ostdeutschen Länder immer noch deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. Diese und weitere Faktoren müssen bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt werden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir unsere Erfolge der vergangenen Jahre in den kommenden Jahren verstetigen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „solidarisches Brandenburg“ heißt Solidarität zwischen Regionen und Generationen – aber eben auch Solidarität zwischen Starken und Schwachen. Nicht alle in unserer Gesellschaft können Chancen aus eigener Kraft ergreifen. Es ist die tiefste Überzeugung der Koalition, dass wir genau diese Menschen ganz besonders unterstützen

wollen und unterstützen werden. Deshalb richten wir unser Augenmerk vor allem auf ältere Menschen, junge Erwachsene ohne abgeschlossene Ausbildung sowie diejenigen Frauen und Männer, die nach einer Unterbrechung in den Arbeitsmarkt zurückkehren wollen.

Wir wissen, dass Langzeitarbeitslose ebenso wie Alleinerziehende besondere Hürden zu überwinden haben. Auch für sie wollen wir gute Arbeit und anständige Löhne; denn das ist die beste Absicherung gegen Armut heute und auch gegen Armut im Alter. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es deshalb weiter zu stärken.

Wir wollen, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben können. Unser Land, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht attraktiv geworden. Es ist ein Magnet für Besucherinnen und Besucher aus aller Welt. Diesen Erfolg wollen wir weiter ausbauen.

Wir wollen die ökologische und kulturelle Vielfalt unseres Landes schützen und bewahren, unsere einzigartigen Wasserlandschaften, Wälder, Naturschutzgebiete, unser gut erhaltenes Weltkulturerbe, die sanierten Stadtkerne und auch unsere Industriekultur, die ihren ganz eigenen Charme hat, erhalten. Zudem setzen wir uns für den Erhalt von Kulturangeboten in allen Regionen unseres Landes ein.

Viele Besucherinnen und Besucher zieht es aufs Land. Unsere ländlichen Räume sind jedoch weit mehr als nur touristische Ziele. Sie sind es, die den Kern unserer märkischen Identität

ausmachen. Nicht zuletzt sind sie auch wichtige Wirtschaftsräume. Die grünen Berufe bieten Tausenden Brandenburgerinnen und Brandenburgern gute Arbeit. Diese Koalition will, dass es so bleibt.

Entgegen den Aussagen mancher Schwarz-Weiß-Maler ist unsere heutige brandenburgische Landwirtschaft eine vielfältige Landwirtschaft. Sie ist gekennzeichnet von unterschiedlichen Betriebsgrößen, Rechtsformen und Bewirtschaftungsarten. Wir wollen unseren Landwirten auch weiterhin ein enger und guter Partner sein, beispielsweise auch dann, wenn es darum geht, die Potenziale regionaler Vermarktung noch intensiver zu nutzen, oder wenn es darum geht, auf Bundes- und auf europäischer Ebene für unsere brandenburgische Landwirtschaft einzutreten. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Investitionen in Brandenburg und Investitionen in den ländlichen Raum.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unverzichtbar für das soziale Miteinander in unseren Dörfern und Städten ist auch ein reges Vereinsleben. Freiwillige Feuerwehren, Landfrauen, Sportvereine und viele andere Initiativen, Vereine und Organisationen tragen mit ihrem Engagement dazu bei, dass auch kleine Ortschaften bunt und lebendig bleiben. Auch dort, wo der demografische Wandel besonders stark zu Buche schlägt, ist fast jeder dritte Brandenburger ehrenamtlich aktiv. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ist eine Ressource von unschätzbarem Wert. Deshalb wollen wir das Ehrenamt weiterhin aktiv unterstützen und die Kultur der Anerkennung weiter ausbauen.

Als Polen-Koordinator der Bundesregierung und Ministerpräsident des Bundeslandes mit der längsten Grenze zu Polen liegt mir das Engagement für die deutsch-polnischen Beziehungen natürlich ganz besonders am Herzen. In der grenznahen Zusammenarbeit hat sich in den vergangenen Jahren ein unglaublicher Fortschritt entwickelt. Die Kontakte zu unseren polnischen Partnerregionen sind eng und vertrauensvoll. Vieles, was erreicht wurde, ging auf Initiativen engagierter Kommunen, Vereine, aber auch vieler Einzelpersonen zurück. Wir ermutigen alle, sich weiter zu engagieren; denn es gibt in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit noch eine Menge zu tun. Das betrifft nicht nur den Ausbau der Bahnverbindungen, sondern auch den Abbau von Sprachbarrieren, um zwei wichtige Beispiele zu nennen. Auch hierfür werden wir uns als Koalition starkmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Land steht vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung ist bereit, diese Herausforderungen anzunehmen. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir das Rüstzeug, um neue Impulse zu setzen, bestehende Erfolge zu verstetigen und auch Veränderungen vorzunehmen – dort, wo sie notwendig sind. Diese Landesregierung steht für Respekt und Dialogbereitschaft, für Verunft und Weitsicht.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, können gewiss sein: Die

Regierungsparteien SPD und die Linke werden auch in den kommenden fünf Jahren verlässlich und vertrauensvoll zum Wohle unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Sicher, selbstbewusst und solidarisch – so werden wir in den kommenden fünf Jahren Brandenburgs Aufbruch vollenden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Präsidentin Stark:

Ich bitte für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Senftleben an das Rednerpult.

Ingo Senftleben

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Ingo Senftleben

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Applaus war offensichtlich schon im Manuskript festgehalten; ansonsten hätte man das Gefühl bekommen können, dass man sich auch in diesem Landtag langsam dem Schlafmodus nähert.

Lieber Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen sehr herzlich für das Verlesen des Vertrages von Rot-Rot. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das war genauso spannend wie meine eigene Lektüre des Koalitionsvertrages von vor 14 Tagen oder drei Wochen. Es war genauso enttäuschend und langweilig.

(Beifall CDU und AfD)

Ich sage Ihnen auch ganz klar warum. Ich bin der Überzeugung, dass Sie, wenn Sie von dem, was Sie gesagt haben, überzeugt wären, keine Redenschreiber bräuchten. Dann könnten Sie nämlich hier den Menschen frei erklären, was Sie wirklich wollen, und mit Ihren Zielen und Vorstellungen dieses Land begeistern. Ich bin nicht begeistert. So wie mir ist es mit Sicherheit auch anderen ergangen. Genau das ist auch das Grundproblem dieser rot-roten Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und AfD – Frau Lehmann [SPD]: Das ist schwach!)

Ich glaube, dass selbst Ihre Vorgänger – der eine hat Ihnen als Polen-Koordinator einen „wunderbaren“ Dienst erwiesen mit seinen Auffassungen dazu, wie man bestimmte Probleme lösen kann; da gibt es auch neue Achsen, die sich diesbezüglich gerade aufturn – Manfred Stolpe und Herr Platzek nicht so gelangweilt von ihren eigenen Regierungserklärungen waren wie Sie eben und wie Sie heute in diesem Landtag, meine Damen und Herren.

Deshalb möchte ich sehr deutlich sagen: Auch in der Politik gibt es die Volksweisheit – sie ist vielleicht nicht so oft zu hören, aber Sie als Agraringenieur kennen sie –: Wer ernten will, muss säen. Wenn das Ganze auf die Politik übertragen wird, dann heißt das nichts anderes, als dass Sie klare Strukturen und Rahmenbedingungen dafür schaffen müssen, dass sich das Land selbst trägt, dass seine eigene Kraft auch dazu

beiträgt, dass sich Bürger erleben können, dass sich die Wirtschaft gut entwickelt, dass alle Menschen – ob jung oder alt – eine Perspektive in diesem Land haben und tatsächlich vorangehen können.

Was jedoch machen Sie? Sie hams-tern, bevor Sie gesät haben. Jeder Landwirt in diesem Land ist mit Sicherheit an der Stelle alles andere als fasziniert.

(Beifall CDU)

Sie haben schon in den letzten fünf Jahren bewiesen, dass Sie gern in die Kassen anderer greifen. Sie haben in die Kasse der Hochschulen gegriffen, Sie haben in die Kasse der freien Schulen gegriffen, und Sie haben – mit der Erhöhung der Grunderwerbssteuer – in die Kasse der jungen Familien gegriffen. Jetzt tun Sie genau dasselbe, was Sie vorher auch getan haben, und Ihre Sucht nach Steuererhöhungen treibt die nächsten Blüten.

Wer ist denn derjenige, der dadurch benachteiligt wird? Jede Familie, die in Brandenburg ein Haus und ihre Zukunft aufbauen möchte – das sind zumeist junge Familien, die Sie doch nach Brandenburg zurückholen wollen –, ist benachteiligt, wenn sie für Dinge, die sie privat entwickeln will, mehr bezahlen muss als zuvor. Das haben Sie zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und AfD)

Auch die Kollegen der CDU-Fraktion dürfen klatschen, wenn Sie wollen. Das ist in diesem Parlament freigestellt: Wer

klatschen möchte, darf klatschen.

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der Sie an Mietpreisbremsen in 30 Kommunen arbeiten, entwickeln Sie eine Grunderwerbssteuer, die am Ende eine Mieterhöhung ist; denn sie kann und wird umgelegt werden auf die Mieter in diesem Land Brandenburg.

(Beifall CDU und AfD)

Das ist alles aber nicht sozial und auch nicht familienfreundlich. Zudem ist es nicht wirtschaftlich, meine Damen und Herren, weil am Ende die Dinge doppelt belastet werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen auch für die unklaren Worte zum Großflughafen BER danken.

(Beifall CDU und AfD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Das hat ja Tradition. 60 Tage nach der Landtagswahl – es können auch ein oder zwei Tage mehr sein, ich habe nicht genau nachgezählt – erklärt jemand aus Ihrer Ministerriege plötzlich, er denke und halte es für realistisch, dass der Flughafen öffnet.

(Heiterkeit CDU und AfD)

Meine Damen und Herren, das ist eine Erkenntnis, die ich wirklich beeindruckend finde. Dazu nannte er noch eine Jahreszahl: 2017. Da frage ich mich natürlich schon: Welche Erkenntnis haben Sie heute, 60 Tage nach der Wahl, die Sie nicht schon am Abend des Fernsehduells der drei Spitzenkandidaten hatten, wo Sie die Wahrheit hätten sagen können, nämlich dass Sie den-

ken, im Jahr 2017 sei eine Eröffnung des Flughafens möglich? Für dieses Handeln hat kein Brandenburger Verständnis. Kein Brandenburger hat dafür Verständnis, wie Sie Politik betreiben.

(Beifall CDU, AfD und B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Ich will es noch einmal verdeutlichen – das war und ist ja ein Dauerthema in diesem Landtag –: Der Flughafen wird nicht gebaut, weil Kinder Flugzeugen gern beim Starten und Landen zuschauen, was ich aus eigener privater Erfahrung kenne. Nein, dieser Flughafen ist ein enormer Wirtschaftsfaktor für Brandenburg. Sie tun aber nichts anderes, als diesen Wirtschaftsfaktor mit dem Ihnen ergebenen Aufsichtsrat in das Gegenteil zu verwandeln. Das ist Ihre Politik und Ihre Verantwortung in diesem Land. Jeden Tag versickern 1 Million Euro Steuergelder rings um den Flughafen in Brandenburg. Das ist Ihre Politik und Ihre Verantwortung; denn dieses Geld fehlt den Brandenburgern an allen Ecken und Kanten.

(Beifall CDU und AfD sowie der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE] und Vida [fraktionslos])

Sie haben nun mehrere Vorschläge aus dem Wahlprogramm der Union aufgegriffen. Das ist gut und freut uns natürlich, weshalb wir diesbezüglich auch mitwirken werden. Sie haben auch gesagt – wir sind natürlich sehr froh, dass Sie unseren Vorschlag aufgreifen –, dass Sie endlich Fachleute in den Aufsichtsrat schicken wollen. Das sagt viel über

diejenigen aus, die Sie vorher dorthin geschickt haben, aber das ist nun egal. Sie wollen künftig Fachleute in den Aufsichtsrat schicken – dafür bekommen Sie unsere Unterstützung, dem werden wir zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und AfD sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Ebenfalls nicht ganz unerheblich für die Wirtschaft ist die Entwicklung in der Lausitz; Sie wissen, dass ich – wie ein Teil der Kollegen – aus der Lausitz komme. Das war gestern noch einmal Thema im Rahmen der Pressekonferenz der regionalen IHK. Dort ist bereits einiges am Grummeln, das heißt, es gibt dort einige Dinge, die die Menschen beunruhigen. Diese Dinge kann und muss man hier ansprechen.

Natürlich ist die Braunkohle zuallererst ein wichtiger Energieträger, der für sichere und bezahlbare Energie sorgt. Ich sage aber auch als Brückenbauer ganz klar: Für mich ist es keine Brückentechnologie, sondern eine Technologie. Solange ich keine andere Antwort habe, ist es für mich eine Technologie und nichts anderes. Andere können sich gern etwas anderes vorstellen.

Wir als CDU sagen ganz klar: Wir stehen zur Braunkohle. Und Sie? – Barbara Hendricks von der SPD sagt Nein, Sigmar Gabriel von der SPD sagt Ja, ich glaube, die SPD-Fraktion im Landtag sagt Ja, Frau Kipping von den Linken sagt Nein – sie hat sogar Bauchschmerzen bei der Braunkohlepolitik ihrer Partei in Brandenburg –, und die Linke in

diesem Landtag sagt: Nein, 2040 ist Schluss.

(Bischoff [SPD]: Frau Schulz-Höpfner sagt auch Nein! – Heiterkeit bei der SPD)

Deswegen sage ich ganz klar: Die Rumeierei und das, was Sie getan haben, ist für Ihre Parteiabstimmungen und Mitgliederentscheide vielleicht ausschlaggebend und ausreichend, aber für eine sinnvolle Energiepolitik in diesem Land ist das alles andere als wirklich gut und sinnvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Glauben Sie ernsthaft, dass ein Unternehmer, ein Handwerker, ein Mittelständler oder ein Industrieunternehmer – egal, wer – in einer Zeit investiert, in der keine Planungssicherheit existiert? Darauf haben Sie keine klare Antwort. Sie haben Ihre Position aufgeschrieben und Sie Ihre

(Abgeordneter Senftleben zeigt zunächst auf die SPD-Fraktion und dann auf die Fraktion DIE LINKE)

im Vertrag von Rot-Rot. Das ist keine Position für dieses Land und keine klare Aussage zu den Kumpeln in der Lausitz, meine Damen und Herren. Das haben Sie mit Ihrer rot-roten Koalition zu beantworten.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Ich glaube auch nicht, dass Sie damit in den anstehenden Gesprächen mit Vattenfall und möglichen Investoren wirklich überzeugen können. Aber auch hier sage ich Ihnen ganz klar: Wenn es

Dinge gibt, die wir gemeinsam entscheiden können, sind wir dazu bereit. Wir sind für die Braunkohle und auch für neue Energien da. Wir sagen aber auch: Wir werden Sie natürlich an Ihre Verantwortung erinnern. Dennoch sind wir gern bereit, gemeinsam die Dinge zugunsten unserer Region, zugunsten unserer Kumpel in der Lausitz zu klären, meine Damen und Herren.

(Domres [DIE LINKE]: Wenn es konkret wird nicht!)

– Doch, wenn es konkret wird auf jeden Fall.

Konkret ist es natürlich auch in der Bildungspolitik; das ist ja eines meiner Lieblingsthemen.

(Domres [DIE LINKE]: Aha!)

– Ja, ich kann Ihnen das nicht ersparen.

(Domres [DIE LINKE]: Ja, ja!)

Ich glaube auch nicht, dass Sie damit gerechnet haben, weil der Fehlstart nun erfolgt ist. Ein neues Schuljahr hat begonnen. Im Vorfeld hatten Sie angekündigt, das neue Schuljahr sei der Beginn einer völlig neuen Zeit. Dieses Land brauche nicht mehr zu fürchten, dass es zu Unterrichtsausfall kommen werde.

(Wichmann [CDU]: Schön wäre es!)

Das waren Aussagen, die ich im Wahlkampf gelesen habe. Sie haben gesagt: Wir haben so viele Lehrer, die nach Brandenburg kommen wollen, dass wir uns vor Anmeldungen gar nicht retten können. Wir haben alle gefunden.

Heute, gestern, vorgestern sowie in den Tagen davor konnte man jedoch von verschiedenen Schulen etwas anderes lesen – ich habe das aufgeschrieben; denn man kommt bei den ganzen Beispielen völlig durcheinander –, unter anderem von der Goetheschule in Zossen sowie von der Grund- und Oberschule in Rüdersdorf. Gestern Abend gab es den Anruf des besorgten Vaters eines Schülers am Gymnasium Dallgow-Döberitz. Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel – damit Sie nicht allgemein von 800 Schulen und 4.000 Lehrern sprechen –, wie es Eltern in diesem Land ergeht: letztes Jahr kein oder nur wenig Mathe; seit Schuljahresbeginn 2014 – Fehlstart – kein Deutsch bis zu den Herbstferien; jetzt, nach den Herbstferien, geht es weiter mit der tollen Nachricht: kein Unterricht in Englisch bis Jahresende. Das ist die Realität für die Brandenburgerinnen und Brandenburger in den Schulen dieses Landes.

Meine Damen und Herren, das Ende des Ganzen ist, dass die Eltern aus ihrem eigenen Geldbeutel, in den Sie auch greifen wollen, den versäumten Unterrichtsstoff im Nachhilfeunterricht bezahlen müssen. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Das geht doch nicht!

(Beifall CDU und AfD sowie vereinzelt B90/GRÜNE und des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Sie haben ja nun den Sprecher an der Spitze des Bildungsministeriums ausgewechselt.

(Domres [DIE LINKE]: Sie auch! – Ness [SPD]: Mit Auswechseln kennen Sie sich ja aus! – Heiterkeit SPD)

– Ja, das ist kein Problem. Aber der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Sie regieren dieses Land und tragen die Verantwortung.

(Beifall und Zurufe SPD und DIE LINKE)

Sie entscheiden hier. Das ist der Unterschied. Deswegen: Wer regieren will, muss auch die Wahrheiten ertragen können. Das ist ebenfalls eine Ansage, meine Damen und Herren.

(Domres [DIE LINKE]: Genau! Aber auch die Opposition!)

Deshalb: Wie regiert die Landesregierung? Sie sagt wortwörtlich – das ist nicht meine Aussage, sondern die Aussage von Ihnen –: „Wir können uns mitten im Schuljahr keine neuen Lehrer blicken.“

Das ist Ihre Vision, Ihre Antwort auf die Fragen der besorgten Eltern und Lehrer, Ihre Antwort an die Kinder, die Sie doch – davon haben Sie zumindest gesprochen – im Land behalten wollen. Denen sagen Sie: Wir können mitten im Schuljahr keine neuen Lehrer blicken. – Das ist die Realität im Schuljahr 2014/2015, meine Damen und Herren.

Herr Baaske, ich glaube oder hoffe zumindest, dass Sie diesbezüglich einige neue Akzente setzen werden. Ich habe auch die Hoffnung, dass Sie endlich dazu beitragen, die Experimente zu beenden und als, glaube ich, fünfter Minister der SPD die Fakten ehrlich zu benennen und zur Kenntnis zu nehmen, um dann gemeinsam an die Lösung der Probleme zu gehen. Das ist meine Hoffnung, die ich in Sie persönlich set-

ze, was ich an dieser Stelle loswerden wollte.

Ich habe heute auch Folgendes vernommen – das war sehr spannend –: Wir erleben in Brandenburg ein neues Zeitalter der Schulfusionen. – Einige wissen sicherlich, dass ich auch einmal Bürgermeister war.

(Frau Große [DIE LINKE]: Gemeinschaftsschule!)

– Sie haben „Einheitsschule“ gesagt, dass Sie sozusagen den Einstieg geschafft hätten.

(Domres [DIE LINKE]: Wir haben nie „Einheitsschule“ gesagt! – Frau Große [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Sie haben gesagt, Sie hätten den Einstieg in die Einheitsschule geschafft, und haben das eben noch einmal von Herrn Woidke begründet bekommen.

Wissen Sie, was die Realität ist? In §16 Abs.3 des Schulgesetzes steht, dass bereits heute Fusionen von Grundschulen mit anderen Schulen möglich sind. Bereits heute! Ich kenne sogar Städte, die das bereits durchgeführt haben. Deswegen, Herr Görke: Sie haben Ihre ganze 18 %-Partei an der Nase herumgeführt, als Sie gesagt haben: Eine Einheitsschule kommt in Brandenburg.

(Minister Görke: 18,6!)

Das ist nicht die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und AfD)

Ein ebenfalls wichtiger Fakt ist – darüber haben wir in den vergangenen

Jahren in diesem Landtag immer heftig debattiert –: In Brandenburg wird es den Kindern selbst überlassen, wie sie lesen und schreiben lernen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ja, ja!)

– Ja, das ist so. – Das Thema „Schreib, wie du sprichst“ ist zum Inbegriff des Problems geworden. Da dürfen die Schüler erst drauflosschreiben, erlernen somit die falsche Schreibweise, um sich dann mühevoll in Klasse 2 und 3 die richtige Schreibweise anzueignen. Diese Logik ist die von Bildungsträumern, aber nicht von Pädagogen dieses Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und AfD)

Ich habe sie noch zu Hause: Herr Baaske, wenn Sie möchten, nehmen Sie die Fibel zur Hand. Oder noch besser: Geben Sie den Kindern in diesem Land endlich die Fibel an die Hand, damit das ganze Thema ein Ende hat und vernünftige Dinge eine Rolle spielen.

Herr Ministerpräsident Dr. Woidke, Sie haben zu Beginn Ihrer ersten Regierungserklärung im August letzten Jahres auch den Konflikt in Syrien und die Folgen angesprochen. Sie haben das heute noch einmal dargestellt. Wir alle wissen natürlich, dass allein in diesem Jahr 6.000 neue Flüchtlinge in Brandenburg eine Unterkunft suchen.

Ich will deutlich machen, dass wir – bei allen Dingen, die uns vielleicht in diesem Haus trennen; ich habe gerade einige Dinge beschrieben, die uns auch in anderen Politikbereichen trennen – eines nicht vergessen dürfen: dass auch

viele Deutsche, viele unserer Mitbürger in den zurückliegenden Jahren erleiden mussten, was Flucht bedeutet, und wissen, welche Dinge da eine Rolle spielen. Ich möchte daran erinnern, dass vor knapp 25 Jahren in Ungarn 36.000 DDR-Flüchtlinge in Zeltlagern darauf gewartet haben, in die Freiheit zu kommen. Sie wissen ja, von wo sie weg wollten. Durch das segensreiche Wirken von Freifrau von Boeselager und der Malteser in diesen Tagen – das haben wir gerade wieder erlebt; das ist leider zu wenig gewürdigt worden – wurden nämlich all die Menschen in Ungarn gut gepflegt und umsorgt.

(Beifall CDU und AfD)

Ich glaube, dass heute in Deutschland niemand mehr sein Leben riskieren muss, weil er sich seine Träume erfüllen will. Ich sage es Ihnen auch klar und deutlich – heute, in meiner ersten Rede in dieser Funktion –: Es ist schon ein Unterschied, ob jemandem wie mir mit 14 Jahren gesagt wurde: „Du darfst den Beruf nicht ausüben, den du gern ausüben möchtest“, weil das System damals das so wollte, oder ob man – wie heute – das aussprechen und auch leben kann, was man für wichtig hält. Das ist auch ein Verdienst friedlicher Revolutionen.

Meine Damen und Herren, eigentlich haben alle Menschen auf der Welt dieses Recht verdient, aber es ist eben nicht überall Realität. Es gibt auf der Welt leider immer mehr Kriege und Opfer von Gewalt. Deswegen kommen Menschen zu uns, die alles verloren haben, die Dinge erlebt haben, die man

keinem anderen Menschen zumuten kann und auch nicht zumuten möchte.

Ich will deutlich machen, dass heute, am Buß- und Bettag, für uns alle klar ist, dass gerade das Thema Flüchtlinge, Unterbringung und Umsorgung auch mit christlicher Nächstenliebe zu tun hat. Nicht umsonst ist das Ganze auch im Grundgesetz so beschrieben: Verantwortung vor Gott und den Menschen. – Wir als CDU bekennen uns zu dieser Verantwortung klar und deutlich.

(Beifall CDU)

Wir werden den Flüchtlingen aus den Krisengebieten dieser Erde auch unsere Hilfe zukommen lassen. Kein Problem dieser Zeit darf dazu führen, dass Hilfesuchenden Hilfe nicht gewährt wird. Wir müssen dafür sorgen, dass Hilfe auch ankommt.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE und AfD)

Ich weiß, dass ein solcher Bogen, den ich jetzt spanne, immer eine gewisse Schwierigkeit birgt, sage aber: Die Bürger und die Kommunen wollen eingebunden werden, und Sie müssen im Vorfeld eingebunden werden. Ich glaube nicht, dass es gut ist, wenn man womöglich Dinge in Potsdam plant und meint, dass man die Bürger vor Ort dann vor vollendete Tatsachen stellen könne. Das ist nicht der richtige Weg. Da haben wir in den letzten Monaten etwas erlebt, was auch Sie heute, im Nachhinein vielleicht anders sehen. Ich biete Ihnen als Vorsitzender der Fraktion der CDU an – viele Kollegen in den Wahlkreisen haben damit Erfahrungen gemacht –, dass wir gemeinsam nach

Lösungen in dieser wichtigen Frage suchen. Ich sage aber auch: am Anfang von Entscheidungen und nicht an deren Ende. Das ist meine Bitte an Sie: Binden Sie uns rechtzeitig ein, damit wir den Dingen in gemeinsamer Aktivität auf den Grund gehen können.

Ich möchte mich bei allen in Brandenburg bedanken, die in den letzten Wochen und Monaten dazu beigetragen haben, dass Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen werden, und die mit kleinen oder größeren Spenden dazu beigetragen haben, Menschen zu unterstützen. Dafür vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt weitere wichtige Projekte, die diese Landesregierung angehen möchte – wir haben heute einiges davon gehört –, unter anderem die Kreisgebietsreform oder, wie wir sagen würden, Ihr Verständnis von Politik von oben nach unten. Sie wollen eine Reform. Sie wollen die Anzahl der Landkreise und der kreisfreien Städte reduzieren. Das war's, mehr steht dazu nicht drin. Keine Idee, wie das Ganze aussehen soll. Ein Leitbild ist sozusagen Ihre generelle Grundmotivlage.

Herr Dr. Woidke, Sie haben – damals als Innenminister – Anfang 2013 drei verschiedene Varianten vorgelegt. Sie haben gesagt, wir könnten uns 12 Landkreise vorstellen, dann wieder 8 Landkreise oder auch 5 Landkreise – und natürlich Potsdam als kreisfreie Stadt, andere aber nicht mehr.

Dann kam Ihr Nachfolger, Herr Holzschuher, der noch im Wahlkampf sagte: Die kreisfreien Städte sind sicher. – Viel-

leicht meinte er nur eine, aber auf jeden Fall sagte er: Alle sind sicher.

Dann kam Ihr Wahlprogramm mit der Aussage: „Das ist, was wir tun.“ Und was steht da drin? Nichts von einer Gebietsreform, in welcher Form auch immer. Nichts davon steht da drin.

Und dann wird es, wie gesagt, für die Brandenburger relativ klar. Sie setzen einen Vertrag auf und schreiben hinein:

„Die Kreisebene wollen wir durch eine Kreisgebietsreform und die Einkreisung von kreisfreien Städten stärken. Wir halten grundsätzlich maximal zehn Kreisverwaltungen für ausreichend, auf die derzeit vom Land wahrgenommene Aufgaben übertragen werden.“

Warum sagen Sie das denn nicht vorher? Haben Sie sich vorher nicht getraut, das zu sagen? Wir haben uns das getraut. Wir haben ein klares Programm aufgestellt. Sie haben es nicht gemacht, meine Damen und Herren. Deswegen ist das nichts anderes als Wählertäuschung. Sie haben hier die Brandenburger getäuscht!

(Anhaltender Beifall CDU, AfD und B90/GRÜNE sowie der fraktionslosen Abgeordneten Schülzke, Schulze und Vida)

Dann kommt Ihr neuer Innenminister daher und erklärt vor den Bürgermeistern unseres Landes in einer freien Rede überraschend, der Vertrag von Rot-Rot sei Makulatur. Das ist auch eine Aussage, das kann man so machen. Ich habe nichts davon gehört, dass Sie das anders sehen. Also, was ist nun eigentlich? Haben wir in Brandenburg weiter-

hin Städte und Gemeinden unter 10.000 Einwohnern oder haben wir sie nicht? Ist das, was die SPD geplant und aufgeschrieben hat, nun ernst gemeint oder nicht? Sagen Sie doch endlich einmal die Wahrheit! Warum trauen Sie sich nicht, die Wahrheit zu sagen, meine Damen und Herren? Das ist Ihr grundsätzliches Problem.

Ich habe in der „MOZ“ ein Interview von Ihnen gelesen, wonach Sie gesagt haben, Herr Ministerpräsident, Sie hätten das noch nicht gewusst, weil nämlich in der Zeit, als Sie Ihr Wahlprogramm geschrieben haben, die Enquetekommission noch nicht zu Ende getagt habe. Na, das ist aber toll.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie Sie ein Wahlprogramm aufschreiben und hinterher die Dinge definieren. Ich sage Ihnen ganz klar: Ich weiß von den Kollegen, dass das Ergebnis der Enquetekommission ein gemeinsames Werk von Ihrem Haus, Ihrem Innenministerium und eben der Enquetekommission war und dass Sie jeden Baustein natürlich genau kannten; ich habe Sie öfters da sitzen sehen. Meine Damen und Herren, Sie wussten alles. Sie haben sich einfach nicht getraut, die Wahrheit zu sagen. Dann sagen Sie es auch: Wir haben uns nicht getraut, die Wahrheit zu sagen, weil wir gedacht haben, wir werden bei der Wahl noch mehr verlieren, als wir eh schon verlieren werden.

(Beifall CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten Schülzke, Schulze und Vida)

Meine Damen und Herren, ich möchte am heutigen Tag auch noch etwas zur Sicherheitslage in diesem Land sagen. Das wird Sie nicht verwundern; auch das ist ein Thema, das in den letzten Jahren eine Rolle gespielt hat. Wir haben da auch einige Dinge erfahren.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die Zahl der Einbrüche und Diebstähle steigt, und die Dinge werden sich weiter in dieser Richtung entwickeln. Sie haben heute noch einmal betont, dass Sie in den nächsten Jahren weitere 400 Polizistenstellen abbauen wollen. Das ist Ihre Antwort darauf, dass in diesem Land die Zahl der Einbrüche steigt. Sie wollen Polizei abbauen – das ist die Antwort von Rot-Rot auf diese Probleme in Brandenburg –, und das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, AfD und der fraktionslosen Abgeordneten Frau Schülzke, Schulze und Vida)

Deshalb bleibt es dabei: Wir wollen, dass in diesem Land flächendeckend Polizei da ist, dass Polizisten auch in den Regionen vor Ort sind, dass die Polizeiwachen, die jetzt Reviere heißen, erhalten bleiben und in diesem Land die Bürger einen Anspruch auf etwas haben, was der Staat zuallererst zu regeln hat, nämlich die innere Sicherheit. Das muss ein Versprechen des Landtages sein und nicht ein Versprecher. Das, was Sie gerade gemacht haben, ist ein Versprecher. Das, was wir machen, ist ein Versprechen: Mehr Polizisten als unter Rot-Rot!

(Beifall CDU)

Klaus Ness

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Klaus Ness

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Gäste! Sie, ich, wir alle waren natürlich gespannt, wie sich der neue Oppositionsführer hier präsentieren würde. Mir ist ein Wort in Erinnerung geblieben, das, wie ich glaube, seine Rede relativ gut charakterisiert: Fehlstart.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Widerspruch bei der CDU)

Herr Senftleben, wenn Sie es noch nicht realisiert haben: Wir sind nicht mehr im Wahlkampf. Der 14. September ist vorbei. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben entschieden.

(Zuruf von der CDU)

Im Wesentlichen habe ich in Ihrer Rede Paraphrasierungen Ihrer Wahlkampfreden wiedergefunden. Mit diesen Paraphrasierungen – daran sollten Sie sich erinnern – haben Sie am Wahltag, am 14. September, 23 % bekommen. Ich bin mir auch nach dieser Rede sicher: Die Entscheidung meiner Partei, meiner Fraktion, mit Ihnen nicht zu regieren, war goldrichtig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
„Sicher, selbstbewusst und solidarisch: Brandenburgs Aufbruch vollenden.“
– unter dieses Motto hat die neue Brandenburger Regierungskoalition ihre Zusammenarbeit bis 2019 gestellt. Darin kommt ganz klar zum Ausdruck: Diese Regierungskoalition sucht die Offensive.

(Aha! bei der CDU)

Diese Regierungskoalition setzt sich ehrgeizige Ziele.

(Lachen bei der CDU)

Diese Regierungskoalition begreift sich als Koalition der aktiven Gestaltung.

(Zuruf von der CDU)

Für die Landtagsfraktion der SPD stelle ich fest: Wir werden diesen Gestaltungsanspruch nicht nur aus voller Überzeugung mittragen, sondern werden uns in den kommenden fünf Jahren als treibende Kraft der zupackenden Gestaltung unseres Landes verstehen. Wir wollen 2019 in dem Bewusstsein vor

die Bürgerinnen und Bürger treten können, fünf Jahre lang alles, wirklich alles irgend Mögliche dafür getan zu haben, unser Land Brandenburg noch lebenswerter und erfolgreicher zu machen. Dafür werden wir hart arbeiten.

(Beifall SPD)

Ministerpräsident Dr. Woidke hat in den vergangenen Wochen immer wieder die vier großen Felder genannt, auf denen seine Regierung in die Offensive gehen wird. Es geht um die soziale und die innere Sicherheit. Es geht um bessere Bildung. Es geht um Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur, und es geht um die Qualität und die Zukunftsfähigkeit unserer Verwaltung. Wir wollen, dass Brandenburg auf all diesen Feldern besser wird. Auf all diesen Feldern gehen wir auch in die Offensive und auf all diesen Feldern wollen wir weiterhin energisch vorankommen.

In den letzten Wochen sind wir häufig gefragt worden, warum wir diesen Ehrgeiz entwickeln, warum wir diese Dringlichkeit sehen. Stehen wir nicht jetzt schon richtig gut da in Brandenburg – besser als je zuvor im letzten Vierteljahrhundert? Ja, es stimmt: Die Menschen im Land Brandenburg haben sich in den letzten 25 Jahren sehr angestrengt. Inzwischen zahlen sich auch die Mühen der Ebene, insbesondere aus den 90er-Jahren aus. Wir sind klar und deutlich vorangekommen. Brandenburg ist heute ein lebenswertes Land.

Das ist auch deshalb so, weil wir in Brandenburg unter sozialdemokratischer Führung seit 1990 sehr vieles richtig gemacht haben. Übrigens, lieber

Herr Senftleben, das wissen die Bürgerinnen und Bürger auch. Die Menschen im Land wissen sehr gut, dass es mit Brandenburg in den letzten Jahren beständig aufwärtsgegangen ist.

(Zuruf von der CDU: In Deutschland!)

Klar, es ist nicht alles perfekt. Vieles können, werden und müssen wir besser machen. Aber die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind heute eben auch selbstbewusst, und sie spüren sehr genau, wer an der stetigen Verbesserung ihres Landes arbeitet und wer wider besseres Wissen das Land schlechtedet.

(Beifall SPD)

Genau deshalb haben sich die Wählerinnen und Wähler am 14. September auch so entschieden, wie sie sich entschieden haben.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Ach deswegen!)

Sie sind in ihrer ganz großen Mehrheit eben nicht denjenigen gefolgt, die mit der Prämisse an den Start gegangen sind, Brandenburg sei auf dem besten Weg in den Abgrund. Das Gegenteil ist der Fall. Brandenburg ist ein blühendes, ein aufstrebendes Gemeinwesen,

(Zuruf des Abgeordneten Bretz [CDU])

ein Land in guten Händen und auf sicherem Kurs. Darauf sind wir stolz. Darauf sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger stolz, und zwar mit Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
und trotzdem gilt der kluge Satz von
Willy Brandt:

„Nichts kommt von selbst. Und nur
wenig ist von Dauer.“

Von Willy Brandt stammt auch die
Einsicht:

„Wer morgen sicher leben will, muss
heute für Reformen kämpfen.“

Diese Erkenntnis ist nicht so selbst-
verständlich, wie sie klingt. Wenn eine
Gesellschaft insgesamt altert, so wie
unsere, kann es passieren, dass der kol-
lektive Wille nachlässt, für die Zukunft
vorzusorgen. Aber günstige Zahlen auf
dem Arbeitsmarkt kommen nicht von
selbst. Sie werden auch nicht von Dau-
er sein, wenn wir nicht immer wieder die
richtigen Voraussetzungen dafür schaf-
fen. Sichere Lebensverhältnisse – und
das heißt für uns Sozialdemokraten so-
ziale Sicherheit genauso wie innere Si-
cherheit und Energiesicherheit – kom-
men eben nicht von selbst. Auch dafür
müssen wir immer wieder neu die rich-
tigen Bedingungen schaffen.

Solide öffentliche Haushalte, Bil-
dung und Lebenschancen für alle, eine
effektive, effiziente und bürgerfreund-
liche Verwaltung, ein zukunftsfähiges
Land, das alles kommt nicht von selbst.
Auch dafür müssen wir immer wieder
neu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich
will hier nur schlaglichtartig einige der
wirklich wichtigen Vorhaben und Her-
ausforderungen dieser Legislaturperio-
de herausheben.

Da ist einmal das Thema Bildung:

Wir reduzieren bildungspolitische
Themen in der politischen Debatte ja

auf etwas blutleere, abstrakte Kenn-
ziffern: Betreuungsschlüssel, Stun-
denausfallquoten und dergleichen. Wir
müssen vielmehr darüber reden, was all
diese Schlüsselquoten und Zahlen be-
deuten.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Richtig!)

Wir werden in den kommenden fünf
Jahren vereinbarungsgemäß 4.300 neue
Lehrerinnen und Lehrer einstellen. 4.300
ist wieder so eine Zahl – aber was be-
deutet sie? Sie bedeutet zunächst ein-
mal: Das sind richtig viele, und zwar so
viele wie seit 1990 nicht mehr.

(Beifall SPD)

Das bedeutet – das muss man sich
vor Augen halten –, dass in den kom-
menden fünf Jahren mit jedem Schul-
jahresbeginn fast tausend neue Lehrer
in Brandenburgs Schulen kommen. Das
bedeutet, dass in den kommenden fünf
Jahren jede vierte Lehrkraft in Brande-
nburg eine junge Lehrerin oder ein junger
Lehrer sein wird. Ich bin mir ganz sicher:
Das wird die Schulen bei uns in Bran-
denburg tiefgreifend verändern, erneu-
ern und verbessern. Das wird ein wirk-
licher Umbruch. Das wird ein anderes
Lernklima entstehen lassen, vielleicht
sogar eine neue Kultur des Lehrens und
des Lernens hier bei uns im Land.

(Beifall SPD)

Ich möchte nicht missverstanden
werden: Ich habe absolut nichts gegen
erfahrene Lehrkräfte. Erfahrung ist sehr
viel wert. Erfahrung schafft Orientie-
rung. Erfahrung ist wichtig. Aber auf das
Ganze gesehen ist der altersmäßige Ab-

stand zwischen Lehrkräften und Schülern in Brandenburg zu groß geworden.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das stimmt!)

Die 4.300 neuen Lehrerinnen und Lehrer werden prägende Schrittmacher an Brandenburgs Schulen sein.

Im Übrigen: Hinzu kommen 100 zusätzliche Schulsozialarbeiter und mehr als 1.000 neue Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kitas. Das ist insgesamt ein beachtliches Paket. Das zeigt, dass wir hier wirklich in die Offensive gehen.

(Beifall SPD)

Aber das ist längst noch nicht alles. Unverändert stolz bin ich auch auf unser Brandenburger Schüler-BAföG. Die CDU – die Grünen im Übrigen auch – wollte es abschaffen. Diese Regierung wird es ausbauen und um einen Leistungsanreiz ergänzen.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Wer besonders gute Noten hat, bekommt einen Zuschlag.

(Bretz [CDU]: Wie hoch?)

Das ist ein richtig tolles Signal. Das bedeutet nämlich zweierlei, zum einen: Ja, Leistung soll sich lohnen. Und Leistung lohnt sich tatsächlich.

(Bretz [CDU]: Wie hoch?)

Aber zum anderen: Jede und jeder Einzelne muss überhaupt erst einmal die Gelegenheit erhalten, die eigenen Talente zu entfalten, und zwar unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das wird die CDU in diesem Land nie verstehen.

(Beifall SPD – Bretz [CDU]: Wie hoch ist der Zuschlag?)

Wir Sozialdemokraten glauben an die Idee vom Aufstieg durch Bildung. Mit unserem Schüler-BAföG tragen wir ganz konkret dazu bei, dass der Aufstieg durch Bildung in Brandenburg Wirklichkeit wird, und darauf sind wir verdammt stolz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinbekommen müssen wir in den kommenden Jahren eine zeitgemäße Erneuerung unserer Verwaltung. Das Schlagwort, das in diesem Zusammenhang in aller Munde ist, lautet: Kreisgebietsreform. Ich glaube, das greift zu kurz. Es geht im Kern um etwas anderes. Na klar, eine Kreisgebietsreform müssen wir durchführen. Dafür sprechen überwältigende demografische, finanzielle und auch demokratiepolitische Argumente.

(Dr. Redmann [CDU]: Quatsch!)

Was wir in Brandenburg aber vor allem brauchen, das sind starke Städte. Cottbus, Brandenburg und Frankfurt (Oder) sind jede auf ihre Weise starke Städte. Aber diese Städte müssen auch in Zukunft starke Städte bleiben können, leistungsfähige Oberzentren mit Ausstrahlung und Ankerfunktion für ihre Region.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Dr. Redmann [CDU]: Das können Sie doch machen!)

Aber wir müssen noch grundsätzlicher verstehen, warum wir unsere Verwaltung erneuern. Verwaltungen sind nämlich kein Selbstzweck. Wir werden

deshalb eine Verwaltungsreform anpacken, damit die öffentliche Verwaltung in Zukunft noch stärker für die Bürger und Unternehmer da ist – als Dienstleister, als Ermöglicher und als verlässlicher Helfer in praktischen Fragen des Lebens. Wir brauchen solch eine moderne Verwaltung auf der Höhe der Zeit. Wenn wir sie nicht haben, wird es uns schwerfallen, erfolgreich im Wettbewerb der Regionen um Arbeitsplätze, Unternehmensansiedlungen und private Zuzüge mitzuhalten.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Berlin ist eine rasant wachsende Stadt, eine der attraktivsten Metropolen der Welt, und überall rund um diese boomende Hauptstadt Berlin ist Brandenburg. Das schafft auch für uns jede Menge neue Chancen, aber auch neue politische Herausforderungen, denen wir gerecht werden müssen. Allein in den letzten drei Jahren sind 130.000 Menschen neu nach Berlin gezogen.

Man muss sich diese Größenordnung einmal vor Augen halten: Das entspricht der kompletten Bevölkerung von Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) zusammen. Ein Ende dieses Wachstumstrends ist nicht absehbar. Die Folge: In Berlin wird es eng. Wohnungen werden knapper und teurer, für neue Gewerbebetriebe wird es schwieriger, Platz zu finden. Deshalb ist völlig klar, dass dieses Wachstum Auswirkungen auch über die Berliner Landesgrenzen hinaus hat. Es wird zu vermehrten Umzügen nach Brandenburg kommen,

zu erhöhten Gewerbeansiedlungen, zu privatem Hausbau sowie zu verstärktem Tourismus in unserem Land – und das alles ist gut so. Die Menschen, die neu zu uns nach Brandenburg ziehen, sind uns von Herzen willkommen. Wir wünschen uns, dass sie sich hier bei uns niederlassen. Wir wünschen uns, dass sie Brandenburger werden.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Aber dafür müssen wir ihnen auch ordentliche Perspektiven bieten, denn sie erwarten nicht nur anständige Hotelbetten und eine gute Gastronomie, sondern auch gute Kitas und Schulen, ordentliche Straßen und Radwege, einen modernen öffentlichen Nahverkehr und zeitgemäße Sportanlagen. Sie erwarten ein modernes Gemeinwesen auf der Höhe der Zeit. Auch deshalb, um all dies leisten zu können, brauchen wir dringend eine moderne Verwaltungsstruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Sorge: Es wird in der Brandenburger Politik nicht plötzlich nur noch um die berlinnahen Räume gehen. Wir werden auch, insbesondere als Sozialdemokraten, in Zukunft wie die Schießhunde aufpassen, dass die berlinfernen Regionen unseres Landes zu ihrem Recht kommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es bleibt dabei: Nichts wird aufgegeben, niemand wird abgehängt. Dies gilt selbstverständlich gerade auch für die Lausitz. Und um es angesichts der anhaltenden Diskussionen um einen Ausstieg des Vattenfall-Konzerns aus

der Braunkohle noch einmal ganz klar zu sagen: Ob mit Vattenfall oder ohne – die Braunkohleverstromung in der Lausitz wird fortgesetzt werden.

(Beifall SPD)

Sie wird fortgesetzt, weil das Industrieland Deutschland den Strom aus der Lausitz auch weiterhin brauchen wird. Machen wir uns nichts vor: Ohne unsere heimische Braunkohle kann es auf absehbare Zeit keine Versorgungssicherheit geben. Wir haben uns in Deutschland richtigerweise dafür entschieden, aus der Atomenergie auszusteigen.

(Beifall AfD)

So weit, so gut. Das bedeutet aber zugleich, dass es absolut unrealistisch ist, jetzt gleichzeitig auch noch aus der Braunkohleverstromung auszusteigen. Ein doppelter Ausstieg geht schlicht und einfach nicht. Das würde bedeuten, die industriellen Fundamente der deutschen Volkswirtschaft zu zerstören.

(Zurufe von der SPD: Oh! Ach!)

Beides zusammen würde bedeuten, der Lausitz insgesamt den Stecker zu ziehen. Wir würden die Lausitz ihrer wirtschaftlichen Grundlagen berauben. Hierbei geht es um Zehntausende direkt oder indirekt von der Kohleverstromung abhängige Arbeitsplätze, und wem die real existierenden Menschen in der Lausitz nicht gleichgültig sind, der wird auch alles dafür tun, den dortigen Strukturwandel systematisch weiter voranzutreiben. Genau dies tun wir nämlich. Es ist nur so, dass wir die Braunkohleverstromung in den kommenden Jahren

noch nicht sicher und zuverlässig durch erneuerbare Energieträger ersetzen können. Bis wir das können, brauchen wir unsere heimische Braunkohle, und zwar, um die Energiewende – heraus aus der Atomenergie – ohne volkswirtschaftlichen Totalschaden überhaupt zu ermöglichen.

Einige der großen Themen, mit denen wir es dabei in den kommenden Jahren zu tun haben werden, habe ich genannt. Es geht um soziale und innere Sicherheit, um effektive und effiziente Verwaltungsstrukturen, um strategische Investitionen in Bildung, Aufstieg und Chancengleichheit sowie um Energiesicherheit auch im Strukturwandel, um Unterstützung für wachsende ebenso wie für schrumpfende Regionen im Land. Es geht insgesamt darum, den Zusammenhalt unseres Landes zu sichern. Das ist nicht wenig. Das sind ziemlich dicke Bretter, die wir zu bohren haben werden, und zwar „mit Leidenschaft und Augenmaß“, wie es der große Soziologe Max Weber einmal formuliert hat.

Hinzu kommen zunehmend äußere Stressfaktoren, die aber auch uns in Brandenburg ganz massiv betreffen. Die Konjunktur in Europa und auch bei uns in Deutschland droht in Richtung Rezession zu kippen. Auch wir in Deutschland bekommen die Auswirkungen internationaler Krisen und Kriege in Osteuropa und im Nahen Osten zu spüren. Geschätzte 50 Millionen bedauernswerter Menschen weltweit befinden sich derzeit aufgrund von Krieg und Vertreibung auf der Flucht. Davon nimmt Deutschland in diesem Jahr möglicher-

weise 200.000 auf. Das sind also lediglich 0,4 % der weltweiten Flüchtlingszahlen. Ich denke, auch dies müssen wir uns angesichts mancher Diskussion vor Augen halten. Brandenburg nimmt von diesen 200.000, die nach Deutschland kommen – bzw. den insgesamt 50 Millionen – lediglich 6.000 auf.

Diese Aufgabe ist nicht einfach. Ich weiß, dass sich viele in den Kommunen – Kommunalpolitiker, Landräte, auch Verwaltungsmitarbeiter – sehr engagieren, um dies hinzubekommen. Aber – und diese Botschaft muss heute hinausgehen – das überfordert unsere Gesellschaft nicht, und ich denke, alle Demokraten sollten daran mitwirken, dass wir diesen Verfolgten helfen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die Welt, in der wir leben. Das ist die Lage, angesichts derer wir alle hier im Saal Verantwortung für unser Gemeinwesen tragen – gerade dann, wenn es unbequem wird. Wir in Brandenburg haben die globalen Verwerfungen nicht gemacht, und wir können sie auch nicht an der Wurzel packen. Aber sie haben Auswirkungen, die auch uns betreffen und mit denen wir umgehen müssen, genauso wie wir die Herausforderungen hier bei uns im Land annehmen müssen. Ich glaube nicht, dass es uns besonders gut ansteht, dieser besonderen Verantwortung auszuweichen, ganz besonders dann nicht, wenn man, wie etwa Herr Prof. Schierack, im zurückliegenden Wahlkampf erst den hohen Anspruch geltend gemacht hat, das Land

Brandenburg als Ministerpräsident regieren zu wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Ich muss Ihnen vor dem Hintergrund einer Debatte über Verantwortung für dieses Land in diesem Land sagen, dass mich eine Episode aus unseren Sondierungsgesprächen auch nachhaltig sehr berührt und einen sehr schalen Nachgeschmack vor dem Hintergrund der heutigen Äußerungen von Herrn Senftleben, aber auch jener der letzten Tage hinterlassen hat, und zwar im Hinblick auf Ihren Willen und Ihre Fähigkeit, tatsächlich Verantwortung für Brandenburg zu tragen. Dabei geht es übrigens nicht allein um Herrn Prof. Schierack, dem nun alle den Schwarzen Peter zuschieben, weil es mit der Regierungsbeteiligung nicht geklappt hat.

(Frau Heinrich [CDU]: Das sagen Sie! – Weiterer Zuruf der Abgeordneten Heinrich [CDU])

Es geht auch um Sie, Herr Senftleben. Sie haben sich hier gerade hingestellt und uns mannhaft erklärt, warum die Einkreisung von Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) mit Ihnen auf keinen Fall zu machen ist. Herr Senftleben, darf ich Sie ganz vorsichtig daran erinnern, dass die Position Ihrer Partei in unseren Sondierungsgesprächen eine völlig andere war?

Damals waren Sie nämlich nicht nur mit der Einkreisung von Brandenburg und Frankfurt einverstanden, sondern ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass Sie um 10 Minuten Auszeit baten, als wir Ihnen ein Papier zur Sondierung vorlegten, in dem die Formulie-

rung stand, dass wir eine Kreisgebietsreform mit maximal 10 Kreisen und der Einkreisung der kreisfreien Städte anstreben.

(Bischoff [SPD]: Aha!)

Danach kamen wir wieder herein, und Sie als CDU hatten nur einen Wunsch: dass nicht mehr die Formulierung „und der Einkreisung der kreisfreien Städte“ darin steht, sondern „und der Einkreisung aller kreisfreien Städte“.

(Frau Lehmann [SPD]: Guck an! – Oh-Rufe von der SPD)

Das werden Sie in dieser ganzen Debatte nicht mehr los. Wenn Sie sich also heute hinstellen und meinen, sich als Verteidiger der Kreisfreiheit von Städten, die schrumpfende Einwohnerzahlen und große finanzielle Probleme haben, darstellen zu wollen, werde ich Ihnen das immer wieder vorhalten.

Das ist eine Position, die Sie, glaube ich, nicht durchhalten, Herr Senftleben. Denn Sie waren persönlich dabei, als wir diese Gespräche geführt haben. Jetzt stellen Sie sich hin und können sich an nichts mehr erinnern, erklären uns aber ersatzweise, warum sich die Koalitionsparteien mit der Kreisgebietsreform an den Menschen im Land ganz furchtbar versündigen werden. Sie sprachen sogar von Wahlbetrug. Ich glaube, dieses Wort sollten Sie in Zukunft knicken.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das ist, Herr Senftleben, genau die Art von staatspolitischer Unzuverlässigkeit und Unberechenbarkeit, die Brandenburg in durchaus schwierigen Zei-

ten am allerwenigsten brauchen kann. Ernsthafte, berechenbare und verantwortungsbewusste Politik sieht deutlich anders aus. Die Brandenburger CDU, auch nach dem gestrigen Tag, ist in ihrer gegenwärtigen Verfassung hierzu ganz offensichtlich nicht in der Lage.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verantwortung müssen wir alle in diesem Raum tragen. Seit dem 14. September hat sich die Zusammensetzung dieses Parlaments verändert. Heute haben wir eine neue Fraktion hier im Parlament, und deshalb möchte ich Sie, Herr Gauland, beim Stichwort Verantwortung auch ganz direkt ansprechen. Wir kennen uns lange. Sie haben mich mit Ihren Texten in der Vergangenheit immer wieder zum Nachdenken angeregt. Wir haben sehr anregende Debatten miteinander geführt. Aber jetzt mache ich mir doch Sorgen, und das wissen Sie.

(Lachen und Oh! bei AfD und CDU)

Ja, liebe Kollegen von der CDU, hören Sie doch mal zu, da können Sie noch was lernen.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Herr Gauland, ich kenne Ihre konservative Gedankenwelt recht gut, auch wenn ich mich nicht in ihr zu Hause fühle, wie Sie wissen. Ihnen – so habe ich Sie jedenfalls bisher immer verstanden – geht es um Respekt vor gewachsenen Traditionen, Ihnen geht es um Bewahrung und Behutsamkeit beim Erneuern. Ihr intellektueller Held ist der konservative Antirevolutionär Edmund Burke, auf

den Sie sich auch in Ihrer Rede neulich hier im Plenum berufen haben. In dieser Rede war besonders viel von Gemeinwohl und Gemeinwohlorientierung die Rede. Das alles hört sich sehr gut an, teilweise auch überzeugend.

Ich bin mir sicher, der Erfolg meiner Partei, der Brandenburger SPD, seit 1990 hat eine ganze Menge damit zu tun, dass wir in der Tat immer sehr viel Respekt vor den gewachsenen Traditionen im Land an den Tag gelegt haben. Da lag in der Vergangenheit auch die Schnittmenge zwischen Ihnen als Person und möglicherweise uns als Sozialdemokraten. Sie haben nämlich ganz genau verstanden, dass Manfred Stolpe und Matthias Platzeck keine revolutionären Umstürzler waren, und Sie wissen genau, dass der Brandenburger Sozialdemokrat Dietmar Woidke vor einem Kurs der Mitte, der Kontinuität und des Augenmaßes steht, vor einem Kurs, der eigentlich ganz in Ihrem Sinne sein müsste.

Aber ich mache mir Sorgen, denn inzwischen haben Sie selbst eine Kehrtwende um 180 Grad hingelegt. Inzwischen haben Sie sich einer, wie Matthias Geis sie in der aktuellen „Zeit“ nennt, „wutgetriebenen Partei“ angeschlossen. In dieser Partei gibt es zwei Flügel, die sich erbittert bekämpfen, einen wirtschaftsliberalen-neoliberalen Flügel und einen reaktionären deutschnationalen Flügel. Ich habe den Eindruck, Sie selbst versuchen, sich in der AfD an die Spitze des deutschnationalen Flügels zu setzen, um Ihre neoliberalen Gegner um Hans-Olaf Henkel aus der Partei zu vertreiben.

*(Zuruf von der CDU: Unglaublich!
Wir reden hier über die Zukunft!)*

Herr Gauland, Ihre AfD, das ist eine Partei, in deren Dunstkreis auch Verschwörungstheoretiker wie Jürgen Elsässer eine Bühne gefunden haben; mit dem gemeinsam bestreiten Sie sogar eine Veranstaltung, natürlich nur, wenn sich Herr Elsässer erst von den Hooligans distanziert. Mir wären bei Jürgen Elsässer noch ein paar mehr Vorschläge für Distanzierung eingefallen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit Menschen wie Jürgen Elsässer möchte ich nicht auf derselben Straßenseite gesehen werden.

Ihre AfD, das ist eine Partei, die Stimmung macht gegen Minderheiten, gegen Verfolgte, gegen Flüchtlinge,

(Widerspruch bei der AfD)

gerade erst in diesen Tagen wieder im Kreistag Dahme-Spreewald unter dem Beifall der NPD. Ihre AfD, das ist eine Partei, die den Erfolg sucht, indem sie Gruppen von Menschen gegen andere Gruppen von Menschen aufwiegelt.

(Beifall der Abgeordneten Nonnemaker [B90/GRÜNE])

Sie persönlich haben sich in den letzten Tagen vor der Wahl an diesem verwerflichen Spiel beteiligt, als Sie Ängste vor einer neuen Asylunterkunft in Doberlug-Kirchhain geschürt haben. Das war und ist ein Spiel mit dem Feuer.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich sage Ihnen, und zwar ganz im Ernst: Das alles hat rein gar nichts mehr

zu tun mit behutsamer Erneuerung, mit Bewahrung oder Respekt vor gewachsenen Traditionen. Wir sollten hier eines sehr klar festhalten: Wer ein politisches Projekt daraus macht, Menschen gegeneinander aufzuwiegeln, Wut anzuzünden und auf nationalistischen Ressentiments zu reiten, der ist alles Mögliche, aber eines ganz sicher nicht, nämlich konservativ. Er ist ganz sicher nicht konservativ im Sinne von Bewahrung, von Tradition und behutsamer Erneuerung.

Von Ihrem wahren Helden, Herr Gauland, von Edmund Burke stammt ein sehr wahrer Satz, ein Satz, über den Sie in diesen Tagen vielleicht noch einmal gründlich nachdenken sollten. Edmund Burke hat nämlich gesagt:

„Wut und Verblendung können in einer halben Stunde mehr niederreißen, als Klugheit, Überlegung und weise Vorsicht in hundert Jahren aufzubauen imstande sind.“

Sie haben in der Vergangenheit immer für Klugheit, Überlegung und weise Vorsicht geworben, jetzt aber betreiben Sie mit der AfD das Geschäft von Wut und Verblendung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb mache ich mir Sorgen. Denn es stimmt: Wut und Verblendung sind niemals gute Ratgeber. Mit Wut und Verblendung kann nichts Gutes geschaffen werden. Wut und Verblendung reißen nieder, was mit viel Mühe aufgebaut wurde.

Die Menschen in Brandenburg haben sich seit dem Aufbruch von 1989 aus dem Nichts ein neues, lebenswertes

und aufstrebendes Land aufgebaut, mit Klugheit, Überlegung und weiser Vorsicht, auch mit großem Willen zum Fortschritt, zu Zusammenhalt, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Dieses junge Land Brandenburg ist bestimmt kein perfektes Land. Uns bleibt gemeinsam noch viel zu tun. Aber dieses aufstrebende Land Brandenburg ist ein Land, dem ganz sicher nicht gedient ist mit populistischer Wut, mit Verblendung, mit der Aufwiegelung von Ressentiments und Hass.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die überwältigende Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger weiß das auch. Die überwältigende Mehrheit der Menschen im Land erwartet von ihren politischen Vertretern Vernunft, Verantwortung und Augenmaß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vernunft, Verantwortung und Augenmaß – genau diese Brandenburger Tugenden verkörpert die neue Landesregierung unter Führung von Dietmar Woidke. Die SPD-Landtagsfraktion wird ihre Arbeit daher konstruktiv und engagiert begleiten. Brandenburg wird auch in den kommenden fünf Jahren in guten Händen bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Für die AfD spricht jetzt Herr Dr. Gauland.

Dr. Alexander Gauland

Vorsitzender der AfD-Fraktion



Dr. Alexander Gauland

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Ness, für mich ist das jetzt etwas schwierig; denn ich dachte, wir sprechen jetzt über die Regierungserklärung und die Regierung.

(Beifall AfD und CDU)

Aber wir können natürlich auch über Edmund Burke und über die AfD sprechen. Nur, Ihre Analyse der AfD, lieber Herr Ness, ist einfach falsch. Ich habe nicht die Absicht, jetzt hier im Parlament sozusagen all dem, was Sie gesagt haben, zu widersprechen. Darüber können wir uns lange auseinandersetzen. Aber, Herr Ness, ich gebe Ihnen nur einen Einwand zurück. Dass wir 12,2 % der Wählerstimmen in Brandenburg bekommen haben, heißt doch, dass es ein gesellschaftliches Bedürfnis für bestimmte Dinge gibt, die wir offen und ehrlich ansprechen, und dass in der Vergangenheit nicht Sie persönlich, aber Parteien dieses Parlaments es offensichtlich versäumt haben, diese Dinge anzusprechen.

(Beifall AfD)

Wir sind nicht ressentimentgeladen, das ist völlig falsch. Aber, Herr Ness,

es kann nicht sein, dass kurz vor einer Landtagswahl Entscheidungen getroffen werden – Sie denken und ich denke auch an Doberlug-Kirchhain –, in die die Menschen nicht einbezogen werden, sondern den Menschen etwas vorgeschrieben wird. Und dann, wenn wir das öffentlich machen und sagen: „Freunde, lasst uns darüber reden, lasst uns mit den Menschen darüber reden“, sagen Sie, das werfe Ressentiments auf. Das kann man nicht machen; denn das Problem, das wir in unserer Gesellschaft in der Tat haben – ich komme noch zur Regierungserklärung –, ist, dass wir viele Jahre lang nicht mehr ehrlich mit den Menschen umgegangen sind. Wir sind nicht ehrlich mit ihren Ängsten umgegangen. Wir sind nicht ehrlich mit der Frage umgegangen: Warum gibt es zum Beispiel schon an der Grenze Bürgerwehren? Warum sind Menschen so unsicher, dass sie nicht mehr das Gefühl haben, der Staat hilft ihnen? Das heißt, wir haben im Grunde genommen alle eine bestimmte Sicht des Lebens und

eine bestimmte Sicht des Landes angenommen und gehofft, dass es immer so weitergeht. Aber die Menschen sind nicht so, und sie wollen von uns ehrliche Antworten.

Ich gebe Ihnen völlig Recht: Die Menge an Zuziehenden – Flüchtlinge, Asylbewerber – ist in Brandenburg bei weitem kein so großes Problem wie in westdeutschen Großstädten. Das stimmt. Aber die Menschen haben das Gefühl, das könnte auch hier passieren, und sie wollen von der Politik eine Antwort haben. Sie wollen, Herr Ness, dass Sie ehrlich mit ihnen umgehen. Das tun Sie nicht.

(Beifall AfD)

Sie weichen den Fragen aus. Sie versuchen, uns in eine bestimmte Ecke zu drängen, in die wir nie gehört haben. Wir sind jetzt diejenigen – das ist schwierig für Sie, völlig klar, das ist aber auch schwierig für die CDU und andere Parteien –, die den Menschen eine Stimme geben, die lange danach gesucht haben. Das hat nichts mit Frustration oder der Auseinandersetzung in der AfD zu tun.

(Beifall AfD)

Wir können uns gern einmal in Ruhe über die AfD unterhalten, ich wollte jetzt aber keine AfD-Erklärung im Landtag abgeben.

Ich möchte gern auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zurückkommen. Wir können gern auch einmal eine richtige Debatte über die AfD führen – dazu bin ich gern bereit –, aber nicht in diesem Moment.

Nach Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident – da sind wir wieder bei dem, was ich gerade angesprochen hatte –, habe ich mich gefragt, in welchem Land wir eigentlich leben. Wäre das alles so wunderbar, wie Sie es schildern, hätte dieses Land so gut wie keine Probleme, und die paar übriggebliebenen lösen Sie im Vorbeigehen zusammen mit Herrn Ness.

(Beifall AfD)

Nun ist es erstaunlich, dass das offensichtlich nicht dem Lebensgefühl der Menschen entspricht. Unser Wahlergebnis von 12,2 % müssen Sie bitte schön alle zur Kenntnis nehmen und analysieren. Wie kommt man – Sie alle kennen den mühsamen, langsamen Aufstieg der Grünen; Sie kennen die Situation bei den Piraten – aus dem Stand zu einem solchen Wahlergebnis? – Nicht, weil wir so toll sind, nein, sondern weil die Menschen plötzlich das Gefühl haben: Endlich gibt es eine Partei, die ausspricht, was wir schon die ganze Zeit denken. Und Sie wollen uns daran hindern, dass wir das denken.

(Beifall AfD)

Zweifelsohne – ich komme nun wirklich wieder auf die Regierungserklärung zurück – waren es viele schöne Worte, die wir eben aus dem Munde des Ministerpräsidenten hören durften – Worte, die den Bürgern unseres Landes teilweise sehr bekannt vorkommen. Denn viele dieser Worte kennen sie aus dem Wahlprogramm der Alternative für Deutschland.

(Ness [SPD]: Oh Gott!)

Ja, „oh Gott“ kann man sagen. – Ich bin immer wieder verblüfft. Sie nehmen genau die Themen auf, die wir ununterbrochen ansprechen, und sagen: Das machen wir jetzt auch.

(Bischoff [SPD]: So ein Quatsch!)

– Klar. – Wenn wir im Wahlkampf fordern, die Gemeindeschwester wiederzubeleben und zu stärken,

(Domres [DIE LINKE]: Das haben wir jahrelang gemacht!)

wenn wir fordern, endlich eine Lösung für die Misere bei der medizinischen Versorgung in den berlinfernen Regionen zu finden, wenn wir das für viele Bürger drängendste Problem der inneren Sicherheit zum Thema machen, dann wundern sich unsere Wähler – bestimmt nicht nur sie – und wir uns heute darüber, dass all diese Themen plötzlich die Ihren sind. Das sind offensichtlich alles sozialdemokratische Themen. Da ist noch mehr: die Bildung unserer Kinder, die Versorgung des ganzen Landes mit schnellem Internet, Investitionen in die Infrastruktur, in Vereine und ländliches Leben. Mit Verlaub, Herr Ministerpräsident, das sind alles Gründe, weswegen die Brandenburger Ihre Partei nicht gewählt haben.

(Beifall AfD)

Denn – Entschuldigung, aber man muss ja einmal daran erinnern dürfen – Sie hatten mit Ihren unterschiedlichen Koalitionspartnern – Sie regieren das Land weiß Gott lange genug –, BÜNDNIS 90, CDU, FDP und DIE LINKE 24 Jahre Zeit, die Sicherheit, die Bildung,

die medizinische Versorgung, den Internetausbau und den Ausbau der Infrastruktur voranzubringen. Da müssen wir von der AfD heute nicht nur stellvertretend für unsere Wähler, sondern für alle Bürger unseres Landes fragen: Warum haben Sie denn so lange nichts getan? Warum sind das jetzt plötzlich tolle Themen? Warum?

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, warum führen Sie die Menschen in unserem Land nach wie vor mit einem billigen Tuschenspielertrick an der Nase herum? Sie sprechen von 4.200 neuen Lehrern. Dass tatsächlich nur 700 neu eingestellt werden und die übrigen 3.600 lediglich Lehrer ersetzen, die in den Ruhestand gehen, verschweigen Sie.

(Beifall AfD)

Aber wir kennen das ja. Erst große Ankündigungen und dann eine Reform, die den Namen kaum verdient.

(Frau Große [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

Erinnern Sie sich an die verschiedenen Polizeireformen und Evaluierungen? Da wird in der Fläche abgebaut: Mal sind es 8.000, mal 7.500 Beamtenstellen. Sie hatten einen Innenminister, der das immer weiter zusammenschumpfte. Wenn das Geld nicht reicht und der Wahlkampf der Vergangenheit angehört, kommt sicher eine neue Evaluierung, nach der es bestimmt wieder mit weniger Polizisten funktionieren soll. Das ist aber nicht das, was wir in Brandenburg wollen. An der Grenze bilden sich Bür-

gerwehren. Das Gewaltmonopol des Staates zerfällt. Gerade Sie müssten ein großes Interesse daran haben, dass dieses Gewaltmonopol des Staates nicht nur hält, sondern ausgebaut wird.

(Beifall AfD)

Nun, meine Damen und Herren, kommt eine neue Idee hinzu: die Kreisgebietsreform, deren Namen Ihnen erstaunlicherweise nicht über die Lippen kommt. Schön verpackt verkaufen Sie sie uns als Strukturreform. Darunter können sich die Bürger bis jetzt nichts vorstellen, sie wissen nur, dass da einiges im Schwange ist, Städte eingekreist werden sollen usw. Aber Sie sagen es nicht. Ich weiß, Herr Woidke, Sie müssen sparen. Alle müssen sparen. Aber ist es wirklich der letzte Schrei, Großkreise zu bilden, bei denen die Menschen teils Hunderte Kilometer fahren müssen, um zur nächsten Behörde zu kommen? Und sagen Sie bitte nicht, dass das Brandenburger Mütterchen schließlich per Internet mit den Behörden kommunizieren könne. Was Sie erreichen werden, ist, dass immer mehr Menschen das Land verlassen, dass leere Räume entstehen, die dann irgendwelchen Energiepflanzungen zum Opfer fallen.

(Beifall AfD)

Hatten wir uns denn nicht alle geschworen, gegen den Trend der Entleerung gemeinsam vorzugehen? Wollten nicht auch Sie, Herr Woidke, Fontanes schöne Mark für die Menschen erhalten? Natürlich, mit Windrädern überall im Lande, wie das die Grünen gern hät-

ten – wie es der grüne Oberbürgermeister von Tübingen selbst für Naturschutzgebiete vorschlägt –, ist das nicht zu machen. Da entleert sich das Land auch so. Das ist mir völlig klar.

(Beifall AfD)

Aber, meine Damen und Herren, Sozialdemokraten hätte ich für klüger und für viel heimatverbundener gehalten. Nein, Herr Ministerpräsident, mit dieser Kreisgebietsreform ziehen Sie den Stöpsel aus der Wanne, und die Menschen, vor allem junge Menschen, werden unser Land verlassen. Die paar Alten, die zurückbleiben, wissen, dass sie keine Geschäfte, keine medizinische Versorgung, keine Zukunft mehr haben werden.

Nicht nur da lohnt es sich, Herr Ministerpräsident, Ihre Worte tatsächlich genau zu analysieren. Was meinen Sie denn, wenn Sie sagen: Wir passen unsere Gesundheitsversorgung den Gegebenheiten vor Ort an? Dann meinen Sie doch: Wo schon jetzt kaum noch einer wohnt und in den kommenden Jahren immer weniger wohnen werden, lohnt es auch nicht, einen Arzt anzusiedeln. Auf gut Deutsch: Jeder, der in einer berlinfernen Region bleibt, ist selbst schuld. – Die Jobs, die Infrastruktur, die Wohnungen und die Versorgung gibt es im Speckgürtel, die restlichen Regionen sterben aus – von Ihnen gewollt, von Ihnen geduldet, zum Teil gefördert ... Was gilt denn nun?

(Bischoff [SPD]: Das ist doch peinlich!)

Wer einen Blick in die Nachhaltigkeitsstudie

(Domres [DIE LINKE]: -strategie!)

Ihres Ministeriums für Ländliche Entwicklung wirft, dem kann – Entschuldigung – nachhaltig übel werden.

(Beifall AfD)

Denn da prophezeien uns bunte Grafiken, was die Ränder Brandenburgs bis 2030 erwartet. Ganz im Norden und ganz im Süden wird sich die Bevölkerungszahl fast halbieren. Für das ganze Land errechnet Ihre Behörde einen Bevölkerungsschwund um bis zu 30 %. Antworten darauf habe ich heute keine gehört.

„Strukturreform“ haben Sie gesagt. Aber was mit den Menschen werden soll, die da auch noch dabei sind, das haben Sie nicht gesagt.

Meine Damen und Herren, das ist nicht gottgewollt, das ist die Quittung für die verfehltete Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Schauen Sie doch an die Ränder unseres Landes! Was erwartet die Menschen an den Rändern noch? Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor überproportional hoch. Die einzige Chance für die Menschen, überhaupt Arbeit zu haben, ist der Niedriglohnsektor, und der ist kurz davor, sich in Richtung Osten aus dem Staube zu machen. Ob die Logistikkenter von Amazon oder die Callcenter rund um Frankfurt – der Mindestlohn, der Deutschland bald ereilt, lässt die nur dem Profit verpflichteten Unternehmen schon jetzt nach Polen schießen. Verabschieden Sie sich schon einmal von den wenigen Gewerbesteuern, die auf diese Weise noch anfallen, und entwickeln

Sie schon einmal viele Spaßbadkonzepte, mit denen Sie die riesigen Hallen, die zurückbleiben, füllen können! Dass die alten Mütterchen dahin gehen, wage ich allerdings zu bezweifeln.

(Beifall AfD – Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Kurzum – in Ihrer Diktion –: Lebenswertes Leben mit all den Verheißungen der modernen Welt gibt es nur im Speckgürtel um die Hauptstadt herum. Nur eins, meine Damen und Herren, gibt es da nicht, und da trifft die Verantwortung einzig und allein Ihre Partei, die SPD. Was es da nicht gibt, ist ein funktionierender Flughafen. Und diese größte aller sozialdemokratischen Pleiten ist Ihnen auch in dieser Regierungserklärung kaum mehr als einen Nebensatz wert.

(Heiterkeit und Beifall AfD sowie vereinzelt Heiterkeit CDU)

Lapidar formulieren Sie: Die Koalition wird mit Nachdruck für eine schnellstmögliche Fertigstellung des BER eintreten. – Na viel Glück dafür!

(Beifall AfD)

Wirklicher Wille, diese größte Peinlichkeit für die Menschen in Brandenburg, ja in ganz Deutschland, endlich fertigzustellen, klingt anders. Und da, Herr Woidke, muss ich Sie ganz persönlich ansprechen, da verstehe ich Sie überhaupt nicht mehr. Warum haben Sie nicht den Mut, diesen ganzen Unsinn zu stoppen

(Frau Große [DIE LINKE]: Genau, abreißen!)

und neue Wege zu gehen? Glauben Sie wirklich noch, dass Herr Mehdorn dieses Monstrum je fertig bekommen und für den Flugverkehr freigeben wird? Doch nie. Sie hätten doch gerade jetzt die Gelegenheit zum Neuanfang, denn Sie persönlich, Herr Woidke, sind dafür nicht verantwortlich. Das muss man auch einmal aussprechen, auch wenn man in der Opposition ist. Sie als Person sind an diesem Desaster nicht schuld. Aber die Partei ist an diesem Desaster schuld.

(Beifall AfD)

Falls es die Bürger vergessen haben sollten: Mit allen Nachforderungen, die Flughafenchef Mehdorn aktuell diktiert, sind wir fast bei 8 Milliarden Euro – 8 Milliarden, meine Damen und Herren! –, 6 Milliarden mehr, als ursprünglich veranschlagt. 6 Milliarden Euro, wenn die in der Kasse wären, dann hätten wir uns viele Minuten Ihrer Regierungserklärung ersparen können, dann hätten Sie nur sagen müssen: Es geht uns gut, wir haben reichlich Lehrer, Ärzte, Polizisten, Fachkräfte

(Frau Große [DIE LINKE]: So ein Quatsch!)

und glückliche Einwohner. Ihre Vorgänger und der Spaßbürgermeister aus der Hauptstadt haben das Projekt einfach laufen lassen.

(Beifall und Heiterkeit AfD)

Wird schon klappen, wird schon glattgehen, wird schon irgendwie fertig werden. Hat aber leider nicht geklappt. Es ist so wie mit der Elbphilharmonie

und dem Stuttgarter Hauptbahnhof. Es klappt halt nicht! Und wenn die Politik es macht, klappt es schon gar nicht.

Sie zucken mit den Schultern. Den Menschen im Land ist das nicht so ganz egal. Denn das, was Sie da verschleudern, Herr Woidke – und anders als verschleudern kann man das tatsächlich nicht nennen –, ist das Geld aller Brandenburger.

(Zuruf von der Regierungsbank)

– Doch, das ist das Geld aller Brandenburger, keiner bezahlt es aus seiner eigenen Tasche. Damit machen Sie nicht nur einen Großteil unserer Mitbürger richtig wütend, damit setzen Sie auch die Zukunft des ganzen Landes aufs Spiel. Ich weiß nicht, wer von Ihnen in letzter Zeit einmal auf diesem Flughafen war und sich angeschaut hat, wie irgendwelche Motorradfahrer auf diesen leeren Pisten herumrasen und sonst nichts geschieht.

(Zwischenruf des Abgeordneten Vida [fraktionslos])

Ich weiß nicht, ob Sie sich das einmal angesehen und einen Eindruck davon gewonnen haben, was für eine Betonkatastrophe da steht. Und wir alle tragen dafür die Verantwortung, als Brandenburger wie als Berliner.

Aber ich rechne Ihnen das gerne noch einmal vor: Nur mit dem, was das Land Brandenburg jeden Monat für Sicherung und Instandhaltung der Bau ruine bei Schönefeld zahlen muss – eine Summe oberhalb von 30 Millionen Euro –, schon damit könnten Ärzte, Polizisten, Krankenschwestern und Leh-

rer zu Tausenden bezahlt werden. Nun überlegen Sie einmal, was wir nicht nur mit den paar Millionen, sondern mit den verschwendeten 6 Milliarden Euro alles an Gutem für unsere Mitbürger tun könnten!

Aber, meine Damen und Herren, Sie haben noch ein Thema völlig außen vor gelassen, das heißt, Herr Ness hat zum Eingang den Versuch gemacht, mich persönlich und die AfD mit diesem Thema zu verbinden. Aber es ist ein Thema, das die Menschen bewegt, die Menschen, die zu uns kommen und Hilfe suchen, Asylsuchende, Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten. Wir erleben das heute wieder in einem Antrag der Grünen. Die fordern wie viele, wie auch wir von der AfD, dass die, die zu uns kommen, nicht an Stadträndern kaserniert werden sollen. Dafür sollen Bauvorschriften geändert werden, und die Menschen sollen besser integriert werden. Willkommenskultur nennen Sie das. Entschuldigen Sie, das ist nur eine Phrase.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Integration in Schule und Gesellschaft fordern Sie. Doch wie das konkret gelingen soll, die Antwort bleiben Sie schuldig. Ich habe in der Regierungserklärung nichts dazu gefunden.

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Das ist ja auch ein neuer Antrag!)

Aber lassen Sie uns doch offen sein. In einer so schwierigen Frage haben das sowohl die Betroffenen als auch die Bürger unseres Landes verdient.

Denn die Frage ist doch: Wer ist wirklich willkommen? Es ist einfach, von Willkommenskultur zu reden. Der Verfolgte auf jeden Fall, da sind wir uns alle einig. Aber der Nicht-Verfolgte, der auf der Suche nach einem besseren Leben zu uns kommt, auch? Wollen wir das? Wollen Sie das alle? Oder wollen Sie das nicht? Wir müssen darauf eine Antwort geben. Denn draußen auf der Straße sprechen uns die Menschen darauf an.

(Frau Lieske [SPD]: Wir geben doch schon Antworten!)

Wir können noch so viele Bauvorschriften ändern, wenn wir nicht zwischen Berechtigten und Nichtberechtigten unterscheiden, werden die Menschen auf Dauer kein Verständnis aufbringen.

(Frau Große [DIE LINKE]: Menschenrechte! – Dr. Bernig [DIE LINKE]: Die Würde des Menschen ist unantastbar!)

Sie können nicht mit irgendwelchen Programmen wie „Tolerantes Brandenburg“ oder was es immer an Schönheiten gibt, darüber schlichtweg hinwegsehen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Sie müssen eine Antwort auf die Frage geben:

(Beifall AfD)

Gehören diese Menschen hierher oder nicht, und welche gehören hierher?

(Domres [DIE LINKE]: Ja, die gehören hierher!)

– Sagen Sie das ruhig laut.

(Domres [DIE LINKE]: Das mache ich!)

Sagen Sie doch ganz laut, dass alle Menschen, die hierher kommen, auch wenn sie nicht verfolgt sind, hierher gehören. Da freue ich mich auf Ihren nächsten Wahlkampf.

(Beifall AfD)

Wenn die Brandenburger das Gefühl haben – und das ist genau der Punkt –, wir gehen nicht ehrlich mit ihnen um, werden sie sich verschließen. Da können wir noch so viele Programme auflegen und von Willkommenskultur reden. Das sind – Entschuldigung – Phrasen, wenn ich sie nicht füllen kann und ganz klar und deutlich sage: Ja, dem will ich helfen, aber dem kann ich nicht helfen und der muss auch wieder zurück. – Das muss deutlich von der Politik ausgesprochen werden. Sie regieren, und Sie müssen das sagen.

(Beifall AfD – Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Wir haben eine andere Auffassung!)

– Das ist ja gut,

(Zuruf von der AfD: Das wissen wir!)

wenn Sie eine andere Auffassung haben. Dann sagen Sie es offen und ehrlich. Sagen Sie, wen Sie hier haben wollen. Es ist ja gut, dafür sind wir ja da, dass wir diskutieren. Aber es hat doch keinen Zweck, es nicht zu sagen.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Nun wissen wir, mit wem wir es zu tun haben!)

Meine Damen und Herren, es ist immer so, dass diese Debatte leidenschaftlich wird. Das ist halt so.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

Ich erinnere an dieser Stelle an den Aufschrei, der am 14. September durch das Land ging: Noch nie sind so wenige Menschen in Brandenburg zur Wahl gegangen! Die Wahlbeteiligung lag bei nur 48 %. Eins steht fest: Wir waren nicht schuld. Die AfD trifft daran keine Schuld.

(Hein [fraktionslos]: Na ein Glück, wir sind nämlich in der Demokratie!)

Die Abgeordneten des Brandenburger Landtages tragen eine große Verantwortung dafür, dass sie die Menschen im Land mitnehmen, dass sie mit den Menschen diskutieren. Ich will bei Gott nicht

(Domres [DIE LINKE]: Die letzten drei Minuten waren kein Beitrag dafür! – Zuruf von der AfD: Sagen Sie!)

auf Edmund Burke und die damalige Rede zurückkommen. Aber wir alle können so nicht weitermachen. Wir müssen den Menschen erklären, was Sie und was wir wollen, und es hat überhaupt keinen Zweck, dass wir uns nur gegenseitig beschimpfen. Das wollen die Menschen draußen nicht.

(Beifall AfD sowie Zuruf: Bravo!)

Sie wollen Antworten, klare Erklärungen, klare Unterscheidungen.

Es gab einmal einen Spruch von den Grünen, der war so populär wie

falsch: Kein Mensch ist illegal. – Ich erinnere mich noch daran. – Nein, ein Mensch ist nicht illegal, aber er kann nach den Vorschriften eines Landes tatsächlich illegal hier sein. Und dann muss ich das aussprechen und nicht wieder anfangen drum herumzureden.

Es sollte unsere wichtigste Aufgabe sein, die Menschen bei all diesen Fragen wirklich mitzunehmen. Dann haben

wir vielleicht auch eine Chance, dass das Wahlergebnis etwas besser wird. – Danke.

(Anhaltender Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Ich bitte Herrn Christoffers für die Fraktion DIE LINKE nach vorn.

Ralf Christoffers

Stellvertretender Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE



Ralf Christoffers

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Beiträge der Opposition bringen mich jetzt in die glückliche Situation, dass ich mein Redemanuskript beiseitelegen kann.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf von der AfD: Gute Idee!)

Mich beschleicht ein etwas eigenartiges Gefühl von Kontinuität. Bereits in der letzten Legislaturperiode – zur AfD und zu Herrn Gauland komme ich gleich – war ständig ein Sachverhalt hier im Landtag präsent: All das, was die Opposition macht, ist von staatsmännischer Weisheit geprägt, und all das, was die Regierung macht, ist mal gerade ein Stolperstein bzw. zu kurz gesprungen. Auf dieser Ebene haben wir uns auseinandergesetzt und diskutiert. Da sage ich Ihnen: Diese Art von Politik hat einen Beitrag dazu geleistet, dass wir tatsächlich nur 48 % Wahlbeteiligung hatten.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann nur hoffen, dass wir in dieser Legislaturperiode mit so großen Projekten wie der Kommunalreform hier zu einer anderen Art und Weise der Diskussion zurückkommen, weil auch wir als

Parlament eine Verantwortung dafür haben, dass Menschen nicht nur politisch interessiert, sondern auch wieder an Wahlen interessiert sind. Ich hoffe, dass diese gemeinsame Verantwortung zum Tragen kommt.

Herr Gauland, ich wollte eigentlich weniger auf die AfD eingehen, aber ich finde, Ihre letzten Bemerkungen zwingen einen dazu. Ihr Parteivorsitzender hat in einer Veranstaltung in Hamburg den Vorschlag unterbreitet, dass Flüchtlinge – unter anderem aus dem arabischen Raum – nicht nach Deutschland kommen, sondern in der Region verbleiben sollen – Deutschland kann maximal finanzielle Hilfe leisten –, denn das wäre menschlicher, weil das ihre kulturelle und ethnische Umgebung ist.

Als Sie heute redeten, haben Sie mich an diesen Vorschlag erinnert. Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wir haben aus historischer Erfahrung für Deutschland eine Asyl- und Flüchtlingspolitik im Grundgesetz definiert. Solche Diskussionen, wie Sie sie

eben geführt haben, oder das, was Ihr Parteivorsitzender gesagt hat, hat mit Humanität und Flüchtlingshilfe nichts, aber auch gar nichts zu tun!

(Starker Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Es bedeutet, Menschen alleine zu lassen, Regionen, die sich zivilgesellschaftlich, militärisch, aber auch als Gesellschaft als Ganzes gerade in ihrer Struktur zerlegen, die zerfallen, mit einer Situation zu konfrontieren, in der die Spirale der Auseinandersetzungen noch weiter angetrieben wird. Das ist keine Politik, das ist zumindest keine humanistische Politik, das ist keine linke Politik, und das ist auch keine Politik dieser Koalition.

Meine Damen und Herren, ich kann nur alle auffordern: Das Benennen von Problemen ist doch keine Politik. Was Sie gemacht haben, ist, nur Sachverhalte und Probleme zu benennen und daraus den Anspruch abzuleiten, dass Sie die einzigen sind, die Politik machen. Nein, das Gegenteil ist der Fall: Probleme sind aufzunehmen und es ist zu versuchen, sie zu lösen und nicht, sie zu verschärfen, und das in einem Sinne, dass jeder soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft als Ganzes infrage gestellt wird.

(Starker Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE – Dr. Gauland [AfD]: Sie regieren doch, Entschuldigung!)

– Selbstverständlich regieren wir, und das ist auch gut so, dass wir regieren.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Dr. Gauland [AfD]: Das sehe ich nicht so!)

Und Ihre Rede hat deutlich gemacht, dass es richtig ist, dass wir regieren.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren, wir alle tragen in diesem Land politische Verantwortung, und wir alle wissen doch um die Problemlagen. Wir wissen, dass die Situation im Bereich innere Sicherheit sehr verschieden wahrgenommen wird. Wir wissen, dass es auch Probleme im Bildungsbereich gibt. Wir wissen, dass es eine Vielzahl von lokalen Initiativen gibt, die sich aus einem lokalen Problem heraus politisch engagieren.

Deswegen sage ich Ihnen – und da spreche ich aus der Erfahrung einer wissenschaftlichen Begleitung von Akzeptanzproblemen und der eigenen Erfahrung von mehreren Hundert Veranstaltungen der letzten fünf Jahre: Es stimmt einfach nicht, dass mit Menschen nicht geredet wird. Ihre Behauptung, dass diese Koalition oder diese Landesregierung in der Frage der Akzeptanzgewinnung, in der Frage der politischen Mediation in den letzten Jahren nicht sehr intensiv unterwegs gewesen sei, ist falsch.

Was wir festzustellen haben, ist eines: Politik und soziale Erfahrung individualisieren sich, regionalisieren sich. Schwerpunkte aus einer Region haben selbstverständlich auch Einfluss auf politisches Verhalten. Es ist unsere Verantwortung – auch die Ihre: Wie gehen wir damit um, wenn irgendwo ein Flüchtlingsheim errichtet wird? Gehe ich zu den Menschen und sage ihnen, warum das notwendig ist, nehme ich Ängste

auf und sage nicht nur „Ihre Ängste sind berechtigt“, sondern auch: Wir werden sie klären? Das ist nämlich genau der Unterschied auch zwischen politischen Auffassungen. Das trifft auch auf Windkraftanlagen zu, auf Braunkohle, auf die Kommunalreform, auf alle Problemlagen, die wir haben.

Deswegen ist die Benennung von Problemen und das Aufnehmen von Wut keine Politik. Das ist keine Politik, das ist nicht einmal ein Politikersatz, sondern das ist etwas, was als Konzeption längerfristig zum Scheitern verurteilt sein wird.

(Zuruf von der AfD: Na, Gott sei Dank!)

Wir haben solche politischen Phänomene hier in Deutschland mehrfach gehabt, und wir werden sie weiterhin haben. Und wenn das so ist, dann ist die politische Auseinandersetzung entsprechend. Es bilden sich offensichtlich klare politische Trennlinien bei den verschiedenen Themen heraus. Und wenn wir klare politische Trennlinien haben, mag das sein, dass Positionen deutlicher werden. Aber eines kann ich Ihnen garantieren: Das Benennen von Problemen ist keine Politik. Und wenn Sie nicht einen Politikansatz haben, der ein Problem lösen will, und zwar auf humanistische, auf soziale, auf wirtschaftlich tragfähige Weise, dann werden Sie scheitern. Das werden wir hoffentlich in den nächsten fünf Jahren hier erleben.

(Beifall DIE LINKE und SPD – Zuruf von der AfD: Machen Sie wieder Politik für uns, ja?)

Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CDU, Sie haben politische Sichtweisen vorgelegt, aber kein Konzept für das Land. Wissen Sie, ich habe im Wahlkampf alle Programme aller Parteien gelesen. Ich wäre ausgesprochen froh, wenn das hier die Stelle wäre, wo wir uns einmal über das wirtschaftspolitische Konzept der CDU aus Ihrem Wahlprogramm unterhalten könnten. Ich lasse Ihnen das gern einmal zukommen, denn: Da steht nichts drin!

(Frau Lieske [SPD]: Ja! – Wichmann [CDU]: Da stand nichts zur Bildungsreform drin!)

Das ist doch gerade einer der Punkte gewesen, dass wir in den politischen Ansätzen der letzten fünf Jahre zu einer Reihe von entscheidenden Weichenstellungen für dieses Land gekommen sind. Wo stehen wir denn? Das Land Brandenburg, Herr Gauland, hat in den letzten 25 Jahren eine sehr anstrengende, aber auch sehr positive Entwicklung genommen. Das, was Sie hier unterstellt haben, mindert die Lebensleistung derjenigen Menschen ab, die diesen Strukturumbau in den letzten 25 Jahren vollzogen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Wir haben wirtschaftliche Stabilität, wir haben eine soziale Situation, die besser ist als jemals zuvor. Zugleich wissen wir doch auch, dass wir insbesondere im sozialen Bereich eine Reihe von neuen Herausforderungen haben. Wir haben andere Formen von Alltags-

stress in Familien – Stichwort Betreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein wichtiger Punkt ist die Lohn- bzw. Einkommenshöhe. Wir haben die Frage zu lösen, wie wir in der Perspektive Innovationen, Technologietransfer und generell die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft noch besser umsetzen können.

Wir haben aber auch neue Möglichkeiten, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Unsere Industriebasis ist modern. Das Bekenntnis der Koalition dazu, Industrieland zu bleiben – wir wollen das –, ist als Ausgangspunkt für weitere politische Entscheidungen dringend notwendig. Dabei geht es übrigens nicht nur um Industriearbeitsplätze. Neue Techniken verändern, ja revolutionieren die Arbeitswelt. Wir – nicht nur die Unternehmen, sondern die Gesellschaft insgesamt – werden neue Antworten auf die Frage finden müssen, wie wir mit den Herausforderungen der neuen Arbeitswelt umgehen wollen. Diesen riesigen Herausforderungen müssen wir uns stellen, wenn wir tatsächlich auf dem Weg eines modernen Industrielandes bleiben wollen.

Wir werden auch damit umgehen müssen, dass sich soziales Verhalten verändert: zum einen durch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien, zum anderen durch die gewachsene Bereitschaft, in allen Lebensbereichen individuell zu agieren. Das ist richtig und notwendig, das ist auch Ausdruck von Freiheit. Gerade weil dem so ist, bin ich mir sicher, dass diese Koalition und alle Bürgerinnen und Bürger des Landes

Brandenburg die beschriebenen Herausforderungen annehmen.

Meine Damen und Herren! Wir hatten in der Legislatur von 2009 bis 2014 eine Reihe von Entscheidungen zu treffen, die unser Land zukunftsfähiger machen sollten. Ich glaube, das ist uns gut gelungen. Wir haben in den der EU-Kommission vorliegenden Operationellen Programmen für den Einsatz der europäischen Mittel die sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Schwerpunkte definiert, für die bis zum Jahr 2020 mehrere Milliarden Euro eingesetzt werden können. Bis 2014 konnten wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit als ein gestalterisches Prinzip dieser Koalition und dieser Landesregierung weiter an Bedeutung gewonnen hat. Wir stehen jetzt vor der Herausforderung – dazu hat der Ministerpräsident schon ausgeführt –, die Entwicklungsmöglichkeiten nach 2019 verstärkt in den Blick zu nehmen. Dabei spielen der Länderfinanzausgleich und die Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle. Es ist Aufgabe nicht nur des Europaministeriums, sondern auch der gesamten Landesregierung und der Koalition, der Perspektive der Kohäsionspolitik in Europa die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen wie dem Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren! Wir werden ab 2019 ein ganz normaler Flächenstaat sein, ein Flächenstaat wie viele andere auch. Die damit in Verbindung stehenden Umbrüche, sowohl die innere als auch die bundesweite Entwicklung betreffend, müssen wir gemeinsam bewältigen.

Herr Senftleben, ich habe deutlich wahrgenommen, dass Sie das Angebot unterbreitet haben, in der Frage der Flüchtlingspolitik zusammenzuarbeiten. Ich will dieses Angebot ausdrücklich annehmen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernig [DIE LINKE])

Das verbinde ich mit einer Bitte: Sie wissen, dass wir auch von der Bundesregierung eine Reihe von Entscheidungen erwarten, die im Rahmen der Flüchtlingspolitik zu fällen sind. Vielleicht ist das politische Gewicht des CDU-Landesverbandes Brandenburg dazu angetan, bei der Bundesregierung für die richtigen Entscheidungen zu werben. Sie wissen, dass der Bundesfinanzminister eine Reihe von Liegenschaften übergeben müsste, was bisher nicht vollzogen worden ist. Wenn Sie in dieser und in anderen Fragen auch auf Bundesebene aktiv werden könnten, wäre das ein guter Ausgangspunkt, um Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Wir werden Politik – auch das ist meine Überzeugung, die ich in den vergangenen fünf Jahren gewonnen habe – nur dann erfolgreich gestalten können, wenn wir einen Ansatz für die politische Mediation finden. Was meine ich damit? Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es beim Umsetzen von technologiepolitischen Entscheidungen notwendig ist, den rechtsförmigen Verfahren, zum Beispiel dem Planungsverfahren, informelle Verfahren vorzuschalten. Zu diesem Zweck haben wir mit einer Reihe von Unterneh-

men, unter anderem 50Hertz, Verträge bzw. Vereinbarungen abgeschlossen. Ich darf Ihnen sagen, dass der Weg der frühzeitigen Einbeziehung von Bürgern und Regionen nicht alle Entscheidungen erleichtert, diese aber zumindest erklärbar macht. Damit tragen wir zur Akzeptanz in den Regionen bei. Diesen politischen Ansatz sollte die Koalition ausbauen. Damit haben wir die Möglichkeit, das umzusetzen, was alle fordern: die frühestmögliche Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Verfahren erleichtert Entscheidungen nicht. Es ersetzt auch keine Entscheidung; denn diese steht immer noch hinter jedem Akzeptanzprozess. Aber wir sind auf einem guten Weg, die Akzeptanz weiter zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Das Land Brandenburg steht vor der Aufgabe, die Rahmenbedingungen der Entwicklung bis 2019 zu sichern und dabei zu berücksichtigen, dass wir in einer veränderten Situation sind. Es gibt nicht nur die Hauptstadtregion Berlin, sondern auch Zentren wie Hamburg, Dresden und Leipzig, die für uns ebenfalls bedeutsam sind. Unsere Kooperation mit Polen konnten wir in den vergangenen Jahren ausbauen. Wir stehen in Kooperation mit einer Reihe von ost- und westeuropäischen Ländern. All das werden wir bei der Weiterentwicklung unseres Leitbildes für Brandenburg zu berücksichtigen haben.

Manchmal wird das Zerrbild gezeichnet, diese Koalition bzw. diese Landesregierung wollten die berlinfernen Regionen abhängen. Ich habe die große Bitte, Folgendes zu berücksichtigen: Die

demografische Entwicklung wird nicht durch politische Entscheidungen aufgehoben. Die Politik muss vielmehr mit der demografischen Entwicklung umgehen. Es ist eben nicht so, dass die berlinfernen Räume von dieser Koalition bzw. dieser Landesregierung vernachlässigt würden. Auch dort gibt es industrielle Zentren – Stichwort: Schwedt. In den vergangenen fünf Jahren konnten wir neue industrielle Zentren aufbauen – Stichwort: Wittenberge. Wenn Sie sich die Studie der IHK zur Lausitz anschauen, erkennen Sie, dass weitere industrielle Potenziale aufgebaut worden sind. Auch das Gesundheitswesen spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle: Gerade weil wir die berlinfernen Regionen nicht abhängen, haben wir das Ziel formuliert, die Krankenhäuser dort zu erhalten.

Wir müssen uns, auch was die Gesundheitsvorsorge angeht, auf Veränderungen einstellen. Es geht aber nicht um ein weiteres Einzelprojekt, zum Beispiel in der Telemedizin. Es ist vielmehr zu klären, wie die Telemedizin in die Abrechnungskreise der Gesundheitswirt-

schaft eingebaut werden kann. Ich gehe davon aus, dass wir auch bei der Bewältigung dieser Herausforderungen gemeinsam agieren können.

Meine Damen und Herren! Das Konzept der Regionalen Wachstumskerne als Ankerplätze im ländlichen Raum werden wir weiter ausprägen. Das wird natürlich raumbedeutsam werden.

Ich bin mir sicher, dass wir auf der Grundlage der Regierungserklärung, aber auch durch die Tätigkeit der beiden Koalitionsfraktionen – hoffentlich auch in einem konstruktiven Dialog mit der Opposition – die Perspektive dieses Landes gestalten können, und zwar so, dass wir unserer humanistischen Verpflichtung nachkommen und uns weiterentwickeln – sozial verfasst und wirtschaftlich stark. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsidentin Stark:

Ich bitte den Abgeordneten Vogel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach vorn.

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Axel Vogel

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Ministerpräsident und sein Fraktionsvorsitzender wollten heute eine fulminante Leistungsschau zum Besten geben. Ehrlich gesagt werde ich das Gefühl nicht los, dass wir zum Besten gehalten worden sind.

Etwas skurril ist es bereits, einen Koalitionsvertrag unter das Motto „Den Aufbruch vollenden“ zu stellen. Ginge es nur um die Abarbeitung der offenen Restanten von Rot-Rot aus der vergangenen Legislaturperiode, so wäre das Motto noch zu verstehen. Dass die Koalition aus SPD und Linken sich damit allerdings für die Vollendung des Aufbruchs der Friedlichen Revolution für zuständig erklärt, verschlägt dann aber vielen Menschen hierzulande die Sprache. 1989 gingen die Menschen gegen die Machtausübung und den Sicherheitsapparat der SED auf die Straße.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt AfD)

Dass und wie 25 Jahre später deren Nachfolgepartei den Aufbruch der Friedlichen Revolution mit zum Abschluss bringen soll, das versteht sich für viele

Menschen nicht von selbst; das ist zumindest erklärungsbedürftig. Welchen Wandel hat die Linke durchgemacht, dass sie ein solches Vertrauen verdient?

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Dazu hätte der Ministerpräsident einige ergänzende Worte sagen sollen. Man hätte es vermutlich auch begründen können.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU und AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auch nicht übersehen, dass die Friedliche Revolution von 1989 nicht primär ein ökonomisches Projekt war. Für die Menschen ging es zuallererst um den Aufbruch in ein demokratisches und vereintes friedliches Deutschland, nicht um die Komplettierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Dieser Aufbruch wird daher auch nicht vollendet sein, wenn Brandenburg pünktlich zum Auslaufen des Solidarpaktes finanziell auf eigenen Füßen steht. Das

ist ein wichtiges Ziel; die deutsche Einheit werden Sie damit aber auch 2019 noch lange nicht erreicht haben. Der ökonomische Abstand zu vergleichbaren westdeutschen Flächenländern wird sich auch in den nächsten fünf Jahren nicht wesentlich verringern; denn trotz kräftigen Wirtschaftswachstums holen die Ost-Länder nicht auf, sondern verlieren den Anschluss.

Entgegen der Darstellung des Ministerpräsidenten laufen wir seit 2000 bei einer Vielzahl von ökonomischen Kennzahlen fast jedes Jahr der Entwicklung hinterher, ohne den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes vom 13.05. dieses Jahres verfügen Brandenburger Haushalte über immer höheres Einkommen, aber der Rückstand zum Bundesdurchschnitt vergrößert sich.

Es wäre deshalb gut, wenn die Regierung sich und anderen nichts vormachen und Kritik hier nicht immer als Nestbeschmutzung gebrandmarkt würde.

(Beifall B90/GRÜNE, AfD sowie vereinzelt CDU)

Im Gegensatz zur gerne verbreiteten Darstellung eines Brandenburger Sonderweges spielt Brandenburg nämlich keine herausragende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern schwimmt im Pulk der ostdeutschen Bundesländer mit. Laut Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat sich der Abstand der neuen Länder bei rund zwei Dritteln des Bruttoinlandprodukts je Einwohner eingependelt. Damit haben wir den Entwicklungsstand der westdeutschen Wirtschaft

Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts erreicht. Das ist nicht schlimm, aber dieser Rückstand hat einen Grund und wir können ihn hier nicht beheben. Wenn 97% des Vermögens im Westen beheimatet sind, kein einziger Dax-Konzern seine Zentrale in einem der ostdeutschen Bundesländer hat und das Nettoeinkommen trotz massiver Transferzahlungen aus den Sozialversicherungssystemen nur bei 80 % des Bundesdurchschnitts liegt, gleichzeitig aber das Armutsrisiko in Brandenburg am höchsten ist, dann zeigt sich nicht nur, wie weit der Weg noch wäre, sondern es stellt sich die Frage, ob wir diesen Weg eines Aufbaus Ost – als eines Nachbaus West – überhaupt gehen sollen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Brandenburg hat mit seiner vielgestaltigen und kleinstrukturierten Wirtschaft, mit dem schon erreichten Stand beim Ausbau und Aufbau der Wind- und Solarenergie, mit dem großen Absatzmarkt Berlin vor der Haustür und als Bindeglied zwischen Ost und West das Zeug, zum bundesweiten Vorbild für eine nachhaltige Entwicklung zu werden. Mit ressourcenschonenden Produktionsverfahren und dem Vorantreiben einer kohlenstofffreien Wirtschaft könnten wir zum Musterbeispiel dafür werden, dass Ökonomie und Ökologie kein Widerspruch sind, sondern sich einander bedingen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Das wäre ein Leitbild, für das es sich eher zu kämpfen lohnte, als mit der Förderung und dem politischen Einsatz

für energie- und rohstoffintensive Unternehmen und agrarindustrielle Komplexe in einem verzweifelten Wettlauf Wachstumsraten nachzulaufen – ohne die geringste Aussicht, jemals auf Düsseldorfer oder Münchner Niveau zu landen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 1990 wollte Brandenburg noch die modernste Verfassung eines deutschen Bundeslandes auf den Weg bringen. Das ist gelungen, genauso wie Brandenburg das modernste deutsche Naturschutzgesetz auf den Weg brachte, als bundesweites Vorbild die Weichen für den Aufbau der erneuerbaren Energien stellte, sozialpolitische Highlights wie ein bis heute vorbildliches Weiterbildungsgesetz auf den Weg brachte und mit LER eine Alternative zum verpflichtenden Religionsunterricht schuf. Sie war umstritten, aber Brandenburg wollte eben nicht nur anders, sondern in der Tat Vorbild sein. Von diesem Elan und Anspruch ist heute nichts übriggeblieben.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Inhaltliche Gestaltungsansprüche sucht man mit der Lupe. Wie könnte es auch anders sein, wenn man erklärtermaßen keinen neuen Aufbruch wagt? „Verwalten statt gestalten“ lautet die Devise; Visionen gibt es dementsprechend höchstens bei der Frage künftiger Verwaltungsstrukturen im Rahmen einer Kommunalreform. Vorbei die Zeiten, wo man anderen zeigen wollte, was eine Landesregierung auf die Beine stellen kann! Heute – unter Rot-Rot – will das in einer Ampelkoalition einst vorbildliche

Naturschutzland Brandenburg mit seiner reichhaltigen Naturausstattung im Naturschutz erklärtermaßen nur noch bundesdeutsches Mittelmaß sein. Das trifft mich persönlich ins Mark.

In anderen Politikfeldern, beim Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen angefangen, wären wir dagegen schon froh, am Ende der Legislaturperiode wenigstens Mittelmaß zu sein, endlich die rote Laterne beim Betreuungsschlüssel in den Kitas loszuwerden,

(Beifall B90/GRÜNE)

im Englischunterricht den Anschluss nicht zu verlieren oder vom letzten Platz bei der Hochschulfinanzierung loszukommen. Solche Anstrengungen sind allerdings aller Ehren wert und wir wären begeistert, wenn in den nächsten fünf Jahren wenigstens der Flughafen BER vollendet wäre – und zwar mit einem konsequenten Nachtflugverbot – und die Betroffenen tatsächlich mit dem bestmöglichen Lärmschutz ausgestattet wären.

(Beifall B90/GRÜNE)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich die Hauptziele dieser Regierung ansieht, so stellt man fest, dass das neben der im Wahlkampf peinlichst verschwiegenen Kommunalreform ein Nachsteuern bei der Polizeireform – genannt Sicherheitsoffensive –, ein Nachsteuern bei der miserablen Personalausstattung der Schulen und Kitas – erstaunlicherweise nicht Bildungsoffensive genannt – sowie die Linderung des Investitionsstaus in der öffentlichen Infrastruktur – genannt Investitionsoffensive

sind. Aber sehr offensiv ist das in Wirklichkeit nicht, sondern defensiv. Es klingt nach Nachsitzen statt Aufbruch 2.0.

(Beifall B90/GRÜNE und vereinzelt CDU und AfD)

Die Regierung will das in den letzten fünf Jahren Versäumte nachholen und hofft, dass man ihr dafür auf die Schulter klopft; aber das reicht uns nicht.

(Beifall der Abgeordneten Nonnemaker [B90/GRÜNE])

Wieso man sich so bescheidene Ziele setzt, vermag ich nicht zu beurteilen. Vielleicht ist einer der Gründe, dass bei der Koalitionsbildung gar nicht inhaltliche Unterschiede den Ausschlag gaben, sondern die Frage nach Eigenschaften des jeweiligen Führungspersonals. Ich denke, in seiner niederträchtigen Art hat Herr Ness das heute wieder bestätigt. Was hier abgelaufen ist, ist ein beispielloser Bruch des Vertrauens und der Vertraulichkeit.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten Frau Schülzke, Schulze und Vida)

Man muss ja nicht ein Fan der CDU sein. Aber was, wie ich denke, überhaupt nicht geht, ist, dass man vertrauliche Sondierungsgespräche führt und hinterher genüsslich all das, was man unter dem Siegel der Vertraulichkeit miteinander besprochen hatte, an die Öffentlichkeit bringt, um den Gegner zu desavouieren. Das ist Machiavellismus; das sollten wir hier in diesem Hause nicht tätigen.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU und AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten Frau Schülzke, Schulze und Vida)

Aber um bei den bescheidenen Zielen der Landesregierung zu bleiben: Dazu passt auch, dass der Ministerpräsident die Chance für eine grundlegende Kabinettsumbildung nicht genutzt hat. Eine Kommunalreform einzufordern, ohne durch eine Reduzierung der Zahl der Ministerien mit gutem Beispiel voranzugehen, ja sogar noch die Zahl der Staatssekretäre zu erhöhen: Das passt nicht zusammen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU, AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten Frau Schülzke, Schulze und Vida)

Dass die SPD zwar die Frauenquote für Aufsichtsräte in Unternehmen fordert, sie im eigenen Kabinett aber weit verfehlt: Das passt nicht in die Zeit.

(Beifall B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Und dass der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen deutlich gemacht wurde, dass in der Brandenburger SPD keine ministrablen Frauen zur Verfügung gestanden hätten,

(Beifall B90/GRÜNE)

ist ein Affront, der, denke ich, wohl innerparteilich in der SPD auch noch nicht ausgestanden ist. Herr Ministerpräsident, falls das Argument mit-schwingt, dass das Amt einer Ministerin und eine Elternschaft einander entge-

genständen, wäre es angebracht, dafür zu sorgen, dass durch veränderte Arbeitsbedingungen beides in Einklang gebracht werden kann – ein Anspruch, den wir gegenüber der freien Wirtschaft schließlich auch vehement erheben.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU sowie der fraktionslosen Abgeordneten Frau Schülzke, Schulze und Vida)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem anderen Thema: Ich möchte auf eine weitere Erkenntnis der bereits angesprochenen Hallenser Wirtschaftsstudie zurückkommen. Als wesentlichen Grund für unseren ökonomischen Rückstand nennt das IWH die sinkende Zahl Erwerbstätiger im Osten. Nach einer anderen aktuellen Studie leben 97 % der Menschen mit Migrationsgeschichte in den alten Bundesländern. Man kann hier durchaus einen Zusammenhang sehen. Zitiert sei Prof. Ragnitz:

„Hinzu tritt ein Elitenproblem, denn in den vergangenen 25 Jahren haben vor allem jüngere und höher qualifizierte Menschen den Osten verlassen, die heute mit Blick auf politisches wie bürgerschaftliches Engagement fehlen.“

Die Regierung verweist darauf, dass erfreulicherweise früher abgewanderte Brandenburgerinnen und Brandenburger wieder zurückkehren. Das wird aber nicht ausreichen, um die zunehmend fehlenden Fachkräfte und aktiven Bürgerinnen und Bürger zu ersetzen. Wenn nach vielen Jahren mit Bevölkerungsverlusten und rückläufigen Zuwandererzahlen nun plötzlich Menschen in größerer Zahl vor Krieg und Verfolgung zu uns nach Brandenburg flüchten, könnten wir

das neben der humanitären Herausforderung auch als eine besondere Chance für unser Land begreifen.

(Beifall B90/GRÜNE und der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Viele dieser Neuankömmlinge wollen gar nicht zurückkehren, sondern suchen in der Tat hier eine neue Heimat, einen neuen Platz zum Leben und Arbeiten. Brandenburg muss 3,08 % der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Das sind 2014 rund 6.100 Menschen – nicht einmal drei Flüchtlinge pro tausend Einwohner. Das wird uns doch bei etwas gutem Willen nicht überfordern! Es sollte uns auch nicht überfordern, wenn, was absehbar ist, jedes Jahr ähnlich viele Menschen zu uns flüchten, denn nach der offiziellen Bevölkerungsprognose werden wir bis 2030 trotz Zuwanderung jährlich 10.000 Einwohner verlieren. Bis 2030 werden das 160.000 Menschen sein; das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Potsdam.

Die Schwierigkeiten bei der menschenwürdigen Aufnahme dieser Flüchtlinge will ich nicht kleinreden. Nach dem Tiefstand bei den Flüchtlingszahlen 2007 wurden allerdings wenig geeignete Unterbringungskapazitäten in Massenquartieren aufgegeben. Das gibt uns aber heute auch die Chance, angemessene Unterkünfte in Wohnungen und kleineren Wohneinheiten zu schaffen und so nebenbei auch die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer zu befördern.

(Beifall B90/GRÜNE sowie des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Wir Grünen erkennen ausdrücklich an – wenn die Frage sein sollte: Wo bleibt das Positive? –, dass der Koalitionsvertrag sich diesem Thema ausführlich widmet, auch wenn die Antworten häufig noch vage sind. Natürlich muss jetzt vorrangig die bereits in der letzten Periode geforderte und bislang an den Kreisen gescheiterte Unterbringungskonzeption erarbeitet und vereinbart werden. Die angekündigte Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes, das von der Erfüllung der Schulpflicht bis zur Finanzierung von Deutschkursen für Erwachsene Aussagen treffen und auch auf die Sorgen der Menschen vor Ort eingehen muss, darf deshalb aber nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Dabei müssen wir auch Antworten auf die Hass säenden Rechtsextremisten finden, die sich in den sozialen Netzwerken im Internet ausbreiten und inzwischen im Wochenrhythmus mit fremdenfeindlichen Aktionen vor vorhandenen oder geplanten Flüchtlingsunterkünften Angst und Schrecken verbreiten. Zudem müssen wir – das füge ich auch hinzu – gegen die nicht einmal besonders subtil vorgetragenen Ressentiments von Rechtspopulisten auftreten und uns dem entgegenstellen.

Herr Christoffers, recht herzlichen Dank dafür, dass Sie das heute sehr deutlich gegenüber Herrn Gauland zum Ausdruck gebracht haben.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

Von landesweiten Initiativen wie „Tolerantes Brandenburg“ oder „EXIT“ bis

hin zu lokalen Initiativen gegen Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit oder auch Einzelaktionen von Menschen, die in Flüchtlingsheimen Deutschunterricht geben oder Patenschaften übernehmen – es muss alles gestärkt werden, was der Verbreitung dumpfer Ressentiments Widerstand entgegenstellt.

(Beifall B90/GRÜNE)

Um größtmögliche Wirksamkeit zu erreichen, ist es wichtig, dass das angekündigte neue Landesintegrationskonzept auf breiter Basis erarbeitet und von allen demokratischen politischen Kräften – von CDU bis Grüne – mitgetragen wird. Hier sichern wir Ihnen unsere volle Unterstützung und Bereitschaft zur Mitarbeit zu.

Diese Zusage gilt auch dem neuen Innenminister, dessen Handeln als Landrat in der Vergangenheit nicht geeignet war, Vertrauen in seine menschlichen Kompetenzen im Umgang mit Flüchtlingen zu begründen. Jetzt kann er zeigen, dass er eben nicht der „Sarrazin der Brandenburger SPD“ ist, sondern – ganz im Gegenteil – ein Garant für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik werden will.

Lassen Sie mich zu einer Kernfrage für unsere zukünftige Existenz, der unzureichenden Verankerung einer nachhaltigen Entwicklung und damit zum fehlenden grünen Faden in der Koalitionsvereinbarung kommen. Über Jahre hinweg hat immerhin ein Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung getagt und wurde eine Nachhaltigkeitsstrategie entworfen, die einige Schritte in die rich-

tige Richtung zeigt und die mit einem ergänzenden Forderungskatalog des Beirates versehen ist.

Darüber hinaus wurde der Landesaktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ von mehr als 100 mitwirkenden Initiativen erarbeitet. Wenn also von Zukunftsgestaltung und einem enkeltauglichen Brandenburg die Rede ist, dann müsste die Regierung doch bei der Umsetzung all dieser Programme ansetzen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Diesbezüglich stellen wir aber fest: Das Megathema „Nachhaltigkeit“ wird unverändert dem Politikfeld „Umwelt“ zugeordnet und in zwei Sätzen abgehandelt. Der erste Satz heißt – sehr gut –:

„Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche.“

Nur, wenn das so ist, dann stellt sich die Frage, warum das Thema Nachhaltigkeit nicht in der Staatskanzlei angesiedelt ist und warum es sich nicht als Leitfaden durch den Einführungsteil für die gesamte weitere Koalitionsvereinbarung zieht. Wie kommt es beispielsweise, dass der Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Bildungsbereich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird?

(Beifall B90/GRÜNE)

Der zweite Satz lautet:

„Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes wird fortgeschrieben.“

Möglicherweise ist dem neu zuständigen Minister noch gar nicht bekannt, dass die Nachhaltigkeitsstrategie des

Landes erst 2014 verabschiedet wurde. Müsste da nicht der erste Satz heißen, dass sie umgesetzt wird?

(Beifall B90/GRÜNE)

Wir denken, das ist keine Gedankenlosigkeit, sondern Absicht. Unbequemen Zielsetzungen und Forderungen nach einer anderen Politik geht man so am besten aus dem Weg.

Nehmen wir uns als Beispiel eines bewussten Ausblendens einer nachhaltigen Entwicklung die Energiepolitik vor: Es gibt etliche lösbare Schwierigkeiten, die der vollständigen Umstellung unserer Stromversorgung auf erneuerbare Energien entgegenstehen. Das ist wahr. Dass die Kosten für die Energiewende ungerecht verteilt sind, ist auch richtig. Welchen Anteil die Landesregierung mit ihrem Eintreten für die weitestgehende Befreiung energieintensiver Betriebe von der EEG-Umlage hat, das wird allerdings verschwiegen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Aber der rote Faden der Koalitionsvereinbarung ist gerade nicht die Energieevolution und die schnellstmögliche Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern die Absicherung einer möglichst langfristigen Zukunft für die Braunkohleverstromung in der Lausitz. Das Bekenntnis zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien wird damit vom starren Festhalten an der Braunkohleverstromung auch für die Zeit nach 2030 untergraben. Dabei wird man bewusst sprachlich ungenau. Gerade so, wie einige zum Arzt gehen und sagen, sie hätten „Rücken“ oder „Schulter“,

und meinen, damit die Probleme ausreichend beschrieben zu haben, so bietet uns die Regierung „Braunkohle als Brückentechnologie“ und meint, damit die Lösung für die Probleme der Energiewende bereits ausreichend angeben zu haben.

*(Zuruf des Abgeordneten Domres
[DIE LINKE])*

Nur, Braunkohle ist gar keine Technologie, Braunkohle ist als fossiler Energieträger ein endlicher Rohstoff. Er besteht zu mehr als 50 % aus Wasser und muss zunächst aufwendig getrocknet werden, bevor er in ineffizienten Kraftwerken pro Kilowattstunde Strom 2 Kilowattstunden Abwärme, 1 Kilogramm CO₂ und etliche Mikrogramm Quecksilber freisetzen kann. Und als endlicher Rohstoff: einmal verbrannt, für immer weg.

Die hierfür eingesetzte Technologie sind mehr oder weniger modernisierte Großkraftwerke ohne Kraft-Wärme-Kopplung, die zum Teil noch aus der DDR stammen und die ihre immer wieder hinausgeschobene Nutzungsdauer sukzessive erreichen werden.

Angesichts der bevorstehenden Absage des schwedischen Eigentümers, also des Staates Schweden, von Vattenfall an die Fortführung der Braunkohlenutzung und den damit verbundenen dramatischen Umweltschäden, für die Schweden nicht mehr verantwortlich sein will, die bereits heute unter anderem den Spreewald-Tourismus und die Wasserversorgung von Gemeinden entlang der Spree bedrohen, wäre es wichtig, die Lausitz bei der Energiewende zu

unterstützen, anstatt ihr im Koalitionsvertrag mit der „Weiter so!“-Strategie die Entwicklungschancen zu verbauen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Wenn Vattenfall nun seine Braunkohlesparte verkaufen will, so folgt dies knallharter betriebswirtschaftlicher Logik und ist weniger den Interventionen der Landesregierung geschuldet. Vattenfall erkennt, dass die Zeichen der Zeit gegen die Braunkohle stehen. Nachdem der Konzern in den letzten Jahren Milliardengewinne an Land gezogen hat, will dessen Geschäftsführung die Abwicklung des Auslaufmodells Braunkohleverstromung anderen überlassen.

Dass die SPD diese Verkaufsabsichten unterstützt, anstatt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den schwedischen Großkonzern hier zu halten und einen schrittweise und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohle abzuverlangen, ist kurzfristig und für die Lausitz fatal.

(Beifall B90/GRÜNE)

Es geht uns übrigens auch nicht um einen Sofortausstieg, sondern wir sprechen von dem Zeitraum bis 2030. Im Gegensatz auch zur Meinung der Landesregierung ist der von uns und vielen Initiativen geforderte Plan B als nachhaltige Alternative zur Genehmigung neuer Tagebaue nicht die Ansiedlung neuer Großunternehmen. Erste Schritte wären, den bereits existierenden und vom Fachkräftemangel bedrohten Unternehmen in der Lausitz neue Perspektiven zu eröffnen und die Finanzierung auch der Lausitzer Hochschule durch Weiter-

reichung aller BAföG-Mittel auf sichere Beine zu stellen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Welche Schwerpunkte die Unternehmenslandschaft in der Lausitz künftig setzen soll, kann vor Ort besser entschieden werden als von Potsdam aus. Aufgabe der Landesregierung ist es daher auch nicht, diesen Plan B von oben zu oktroyieren, sondern die schon weit gediehenen regionalen Ansätze zu stärken.

Stichwort Landwirtschaft: Die Brandenburger Landwirtschaftspolitik ist leider keine Erfolgsgeschichte. Trotz beispielloser Subventionen von 400 Millionen Euro pro Jahr sinkt der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen stetig. Viel schlimmer ist aber, dass die heimische Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren 1.400 Betriebe verlor. In einem durchrationalisierten Agrarbetrieb sind gerade noch fünf Arbeitskräfte pro 1.000 Hektar tätig. Immer mehr monostrukturierte agrarindustrielle Betriebe machen den ländlichen Raum kaputt. Dabei zerstören sie nicht die Umwelt – nein, nein –, sondern die soziale Gemeinschaft auf den Dörfern, weil sie immer weniger Beschäftigungswirkung haben.

Zunehmend wird die in der Landwirtschaft noch stattfindende Wertschöpfung aus dem Land abgezogen, weil sich überregionale Kapitalgesellschaften gar nicht erst mit dem Erwerb einzelner Flächen aufhalten, sondern gleich ganze Betriebe übernehmen und in ihre Holdings eingliedern. Der Jahresüberschuss landet dann in Hamburg

oder Osnabrück, die Brandenburger Dörfer dagegen gucken in die Röhre. Die vielfältigen Landwirtschaftsstrukturen, die der Ministerpräsident vorhin angesprochen hat, sind dann bald perdu.

In der Enquetekommission 5/1 wurde das Problem des Land-Grabbings in der letzten Legislaturperiode bereits erstmals benannt und wurde auf Antrag der Fraktionen der CDU und B90/GRÜNE eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die zwar einzelne Vorschläge zur Begrenzung des Flächenerwerbs durch ortsfremde Finanzinvestoren machte, aber keine überzeugenden Ideen gegen Betriebsübernahmen einbrachte und vielleicht auch gar nicht einbringen konnte.

Das Problem liegt, denke ich, auch in der Haltung der Landesregierung und des Bauernverbandes begründet, allen wohl und keinem wehe zu sein. Die naheliegenden Lösungen von Degression und Kappung bei der Flächenprämie und der Umlenkung maximaler Mittel aus der Flächenprämie in die zweite Säule wurde unter anderem vom Landwirtschaftsministerium verhindert. Im Ergebnis gehen die Konzentrationsprozesse ungehemmt weiter – hin zu einem, wie es Wissenschaftler nennen, neo-feudalen System, in dem einzelne Unternehmen nicht nur einzelne Dörfer beherrschen, sondern über die Landwirtschaftsflächen ganzer Kreise verfügen und die kommunalen Gebietskörperschaften vor sich hertreiben können. Das ist auch eine Bedrohung der Demokratie auf dem Land.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt AfD)

Schlimm genug, aber nicht weniger schlimm ist, dass Brandenburg zunehmend zum Eldorado für Schweinebarone und Hühnermäster wird. Allein in den letzten fünf Jahren hat das Landwirtschaftsministerium 70 Millionen Euro für die Tierhaltung locker gemacht, die insbesondere in der Hühnerhaltung zu bundesweit einmaligen Tierkonzentrationen auf engstem Raum geführt haben. Von den 5,7 Millionen Legehennenplätzen konzentrieren sich 4,9 Millionen an nur drei Standorten – alle südlich von Berlin.

Allein in Bestensee wurden 6,6 Millionen Euro für den Bau und die Umrüstung von 29 Ställen mit insgesamt 1,8 Millionen Hühnern ausbezahlt, in Neuhäusen an der Spree erhielt eine andere GmbH für fünf Legehennenställe mit 1,6 Millionen Tierplätzen eine Förderung in Höhe von 3,6 Millionen Euro. Fünf Legehennenställe mit 1,6 Millionen Tierplätzen! Diese Anlagen wären in keinem einzigen westdeutschen Bundesland förderfähig gewesen.

Die Errichtung in abgezäunten Wäldern mag zwar das Tierelend vor den Augen der Besucher verstecken, ein Blick auf Google Earth macht aber jedem deutlich, dass wir es hier nicht mit landwirtschaftlichen Anlagen und schon gar nicht mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun haben, sondern mit einer neuen Form der Agrarindustrie, eigentlich sogar mit einer neuen Form der Forstwirtschaft, die völlig losgelöst von den regionalen Kreisläufen agiert und die die landwirtschaftlichen Flächen der Region bestenfalls als Gülledeponie gebrauchen kann.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt AfD)

Immerhin: Die Linke hat erstaunlicherweise dieses Problem erkannt und spricht in den Ergebnissen ihrer Klausur erstmals von „Massentierhaltung“, dem bisherigen No-Go-Wort für unseren Minister Vogelsänger. Die Linke spricht auch über Normen der tiergerechten Haltung an allen Standorten. Das geht weit über die Koalitionsvereinbarung hinaus, die sich nur an die zahnlosen, freiwilligen Vereinbarungen der Tierwohlinitiative des Bundes anhängt.

Wir finden das großartig. Ich sage Ihnen diesbezüglich zu: Wir werden Sie dabei unterstützen und auch darauf achten, dass dieses löbliche Vorhaben nicht im märkischen Regierungstreibsand verschwindet.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Wir Grünen haben uns eindeutig für die Zusammenlegung von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium ausgesprochen. Daran wollen wir auch nicht rütteln. Aber der Schutz von Natur und Umwelt droht weiter unter die Räder zu kommen, wenn in einem gemeinsamen Ministerium die Interessen der industriellen Agrarwirtschaft dominieren und wenn nicht der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Schutz der biologischen Vielfalt als Grundlage für eine nachhaltige Landnutzung in den Mittelpunkt der Landnutzungspolitik gestellt wird. Ich hoffe, Herr Vogelsänger, dass Sie sich in diese Richtung bewegen werden.

Lieber Herr Ministerpräsident, auf meinem Stichwortzettel steht jetzt noch eine Vielzahl an Punkten, die ich nicht abhandeln kann. Beispielhaft nenne ich

nur den BER und die fehlende Aussage, wie denn nun der Aufsichtsratsvorsitz bestellt werden soll.

(Minister Görke: Durch den Aufsichtsrat!)

Das Vorschlagsrecht, lieber Herr Minister, liegt nach dem, was wir wissen, bei Brandenburg. Insofern ist der Ministerpräsident, denke ich, gut beraten, hier einen Vorschlag von einer fachkundigen Person unterbreiten zu lassen, die in der Lage ist, nicht nur von Herrn Mehdorn vorgeführt zu werden, sondern ihn auch zu führen.

(Beifall B90/GRÜNE, CDU sowie vereinzelt AfD)

Der lässige Umgang mit der Wahrheit bei der Frage nach der Einkreisung von Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel im Vorfeld der Landtagswahl – dazu hätten wir natürlich auch gern etwas gehört. Leider kam jedoch nichts. Auch hätten wir gern Aussagen dazu gehabt, wie die Regierung mit der drohenden Schließung von 60 Bahnhöfen umgehen will.

Brennend interessieren würde uns jedoch, wie Sie als Polenbeauftragter der Bundesregierung zu den Äußerungen Ihres Vorgängers Platzek bezüglich der Anerkennung eines Rechts des Stärkeren auf völkerrechtswidrige Aneignung benachbarter Territorien stehen. Da müssen doch in Polen alle Alarmglocken geläutet haben, dass – wie bereits des Öfteren in der Vergangenheit – Deutschland und Russland auf dem Rücken der dazwischen liegenden Nationen ihren Ausgleich suchen. Ich

denke, da sollten Sie, Herr Ministerpräsident und Polenbeauftragter, deutliche Worte finden.

(Beifall B90/GRÜNE und vereinzelt CDU sowie des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Ich komme zum Ende: 1989 hat die Friedliche Revolution umfassend gesiegt – so umfassend, dass es heute keine Drachenbrut der SED sowie keine Drachenbrut der Blockparteien mehr gibt, die wir heute noch fürchten müssten. Oder wie es im Koalitionsvertrag 2009 noch zutreffend hieß:

„Erst die Volksbewegung des Jahres '89 machte es möglich, dass aus der SED heraus der Aufbruch zu einer demokratischen Partei im pluralistischen Wettstreit mit anderen Parteien erfolgen konnte.“

(Königer [AfD]: Glauben Sie das ernsthaft?)

– Ja, das glaube ich.

Mit der Friedlichen Revolution als Voraussetzung für die Wandlung der SED zur Linken haben die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler oder auch Drachentöter – davon gab es ja nicht nur einen – von 1989 zugleich die Grundlage dafür gelegt, dass heute in Brandenburg zwei im Kern sozialdemokratische Parteien miteinander regieren können, zwei Parteien, die aus historischen Gründen nicht fusionieren können und auch nicht fusionieren werden, zwei Parteien, die in der Sozialpolitik fast deckungsgleiche Positionen haben und die beide in ihren Grundsätzen etatistisch – das heißt staatsfixiert – veranlagt sind.

Eine Kehrseite dieser Staatsfixierung ist, dass sie den nicht vom Staat kontrollierten und unter Staatsregie laufenden Initiativen wenig Vertrauen schenken und sich in dieser Auffassung gegenseitig auch noch unterstützen. Die freien Schulen können ein Lied von dieser Grundausrichtung singen.

Wir Bündnisgrünen stehen nicht nur gegen Monotonie auf den Äckern, sondern auch gegen Monochromie, also gegen Einfarbigkeit. So halten wir es auch für ein besonderes Glück für dieses Bundesland, dass nach den ersten freien Wahlen 1990 der Aufbruch in das neue Bundesland Brandenburg von einer Ampelregierung aus SPD, Bündnis 90 und FDP gestaltet wurde, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus und mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten die Grundlagen für die weitere Entwicklung Brandenburgs legen konnten und dabei übrigens bekanntermaßen auch CDU und Linke – ich glaube, PDS hieß sie damals noch – einbezogen haben.

Diese Vielfarbigkeit geht der Koalition ab. Der Koalitionsvertrag hat aufgrund der Doppelung der Stoßrichtung der beiden rot-roten Partner zwar einen roten Faden, ein grüner Faden geht uns

Grünen jedoch vollständig ab – genauso wie die CDU vermutlich keinen schwarzen Faden erkennen wird.

Wesentliche Themenfelder und politische Fragen, die für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes von besonderer Bedeutung sind, tauchen daher gar nicht erst auf, werden lapidar abgehandelt – Stichwort Nachhaltigkeit – oder werden, was noch schlimmer ist, falsch beantwortet: Beispiel Energiewende und Braunkohle oder Massentierhaltung und Landwirtschaft.

Nein, Herr Ministerpräsident, dies ist keine Vollendung eines Aufbruchs. Dieser Koalitionsvertrag ist zunächst einmal ein totes Stück Papier, dem in den nächsten Jahren der Lebenshauch erst eingeblasen werden muss. Hierfür stehen wir Bündnisgrünen Ihnen konstruktiv und kritisch auch in dieser Legislaturperiode wieder gern zur Seite. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Ich bitte nun den fraktionslosen Abgeordneten Herrn Schulze ans Rednerpult.

Christoph Schulze

fraktionslos



Christoph Schulze

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Minister und Ministerinnen! Ich darf Ihnen im Namen unserer Gruppe – auch wenn Sie das zu ignorieren gedenken – gratulieren. Sie sind gewählt und berufen worden, Sie tragen Verantwortung für dieses Land. Dafür wünschen wir Ihnen viel Kraft, Klugheit und Glück. Das werden Sie brauchen; denn das fällt niemandem in den Schoß.

Ich sage das deshalb so ausdrücklich, weil wir vielleicht in einigen Punkten unterschiedlicher Meinung sind. Sonst säßen wir ja nicht in unterschiedlichen Gruppierungen hier.

Aber ich will noch einmal daran erinnern, dass wir vermutlich in den allermeisten Punkten ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Werten und Ansichten haben. Wir sollten uns manchmal der Dinge besinnen, die uns einen, und manchmal der Dinge, die uns trennen.

Diese Landesregierung ist nicht neu. Es gibt personelle Kontinuität, aber es gibt auch neue Gesichter. Wir halten das für eine gute Mischung und werden sehen, was das bringt. Wir wollen nicht so sehr – wie andere Kolleginnen und

Kollegen – zurückschauen. Sicherlich, man muss manchmal zurückblicken, um Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Aber wir sollten nach vorn schauen.

Regierungserklärungen werden häufig überbewertet. Ich habe seit 1990 zahllose erlebt. Diese Regierungserklärung hebt sich nicht in besonders positiver oder negativer Art und Weise von anderen ab. Sie ist eine fleißige Auflistung dessen, was die Landesregierung vorhat, beschreibt die Probleme aus der Sicht der Koalitionsfraktionen. Man könnte es ein Potpourri nennen, aber man soll ja nicht böse sein.

Eine Regierungserklärung hat eine große Themenbreite. Deswegen ist es sicherlich auch verständlich, dass die entsprechende Tiefe nicht erreicht werden kann. Allerdings hätten wir gern an dem einen oder anderen Punkt mehr als unkonkrete Ankündigungen gehabt. Aber man will sich noch nicht festlegen. Das versteht man zum einen. Zum anderen verwundert es, denn diese Regierung ist nicht neu. Sie haben fünf Jahre

Regierungspolitik hinter sich und wissen, wo es hapert, wo man etwas besser machen kann.

Wir wollen nicht in das einstimmen, was es hier schon gegeben hat, was ich auch sehr bedauere: Polemik, Häme und auch Madigmachen. Das bringt uns nicht weiter. Wir können kritisch über alles diskutieren, aber man muss schon aufpassen, wo die Gürtellinien sind, die man nicht unterschreiten sollte. Da hat es heute doch einige Ausreißer gegeben.

*(Beifall des Abgeordneten Vida
[fraktionslos])*

Was mich an der Regierungserklärung und am Koalitionsvertrag ein wenig stört, ist, dass Sie zu wenig Selbstkritik üben. Sie kündigen die Lösung von Problemen an, die Sie letztlich selbst zu verantworten haben. Ich finde es gut, wenn man Probleme als solche benennt und sagt: Wir wollen sie jetzt lösen. – Aber ein wenig Selbstkritik hätte schon dazu gehört.

Im Grunde genommen finden wir es aber gut, dass die Regierung optimistisch ist. Denn was nützt einem Land eine Regierung, die nicht optimistisch wäre? Man soll den Abend nicht vor dem Morgen loben. Aber man soll am Morgen auch nicht miesepetrig aufstehen, immer nur das Schlechte sehen, sondern man muss optimistisch sein. Ich finde es gut, dass der Ministerpräsident das übergebracht hat. Was ich nicht so gut fand, ist, dass bei dieser Regierungserklärung und der Aussprache dazu schon wieder das typische Lagerdenken zum Ausdruck kam, dass sich das alles sortiert und man nicht

anzuerkennen bereit ist, dass andere – egal aus welchem Lager – auch gute Ideen haben.

*(Beifall des Abgeordneten Vida
[fraktionslos])*

Wir als Freie Wähler sind entschlossen, den Ministerpräsidenten, die Minister und die Landesregierung bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen. Das heißt nicht, dass wir unkritisch und klaglos allem zustimmen werden. Wir werden uns damit auseinandersetzen und wollen dieser Regierung eine faire Chance geben, weil die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nun einmal diese Regierung haben, ob es uns nun passt oder nicht. Deswegen muss und soll die Regierung auch erfolgreich sein, wenn wir es wirklich ernst damit meinen, dass es um das Wohl und Wehe der Menschen geht.

Ich sehe, meine letzte Redezeit läuft gerade. Das ist dramatisch, da wir nur fünf Minuten Redezeit haben. Das, was ich in der letzten Minute der Redezeit, die mir bleibt, kritisch anmerken möchte, ist, dass im Koalitionsvertrag leider zu wenig zu den großen Aufregertemen gesagt wird. Meiner Ansicht nach wäre da mehr drin gewesen. Die Regierung ist unter ihren Möglichkeiten geblieben, auch der Ministerpräsident: BER, Abwasserpolitik, Windkraft, Polizei, medizinische Versorgung – alles nur kurz angerissen. Da hätte mehr kommen können und müssen. Insbesondere fiel kein Wort zur Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Zahlen noch einmal herausge-

sucht. Wenn wir nicht einmal 48 % Wahlbeteiligung haben, wenn wir 143.000 Stimmenverluste bei der SPD haben – minus 31 % –, wenn wir 193.000 Stimmenverluste bei der Linkspartei haben – minus 51 % –, dann muss man sich die Frage stellen, woran das liegt. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam dafür streiten, die Bürgerinnen und Bürger besser mitzunehmen. Aber dazu muss man auch etwas zur Bürgerbeteiligung sagen. Das hat es hier leider nicht gegeben, was ich ausdrücklich bedauere.

Lassen Sie uns diese vielleicht nicht ganz gelungene erste Aussprache zu einem großen Projekt „Fünf Jahre Landtag Brandenburg“ dazu nutzen, es bei den nächsten Aussprachen besser zu machen. Ich jedenfalls würde mich freuen. Von uns wird die ausgestreckte Hand in alle Richtungen gereicht. Wir wollen nicht überheblich sein, sondern gemeinsam mit allen anderen wirken. Ich hoffe, dass das bei den anderen auch so ist, und freue mich deshalb auf die fünf Jahre, auf eine gute Zusammenarbeit.

Frau Präsidentin, lassen Sie bitte Folgendes noch zu, auch wenn ich die Redezeit schon überschritten habe. Ich möchte eines kritisch sagen:

Ich war vorhin bei den Worten von Herrn Ness, was Herrn Senftleben betraf, außerordentlich unangenehm berührt. Ich glaube, ich war nicht der Einzige. Die Vertraulichkeit des Wortes muss bleiben. Wenn ich jetzt hier von den Gesprächen, die ich in den vergangenen Wochen und Monaten mit hochrangigen Vertretern aus den Koalitionsfraktionen hatte, erzählen würde, wäre das sicherlich auch nicht lustig. Aber das gehört sich einfach nicht. Ich hoffe, das war heute ein einmaliger Ausrutscher und es bleibt dabei.

(Beifall des Abgeordneten Vida [fraktionslos], bei CDU, AfD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Als nächsten fraktionslosen Abgeordneten bitte ich Herrn Vida an das Rednerpult.

Péter Vida

fraktionslos



Péter Vida

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Sehr geehrte Abgeordnete!
Werte Gäste! Es ist völlig richtig, der Landesregierung alles Gute zu wünschen, denn jenseits der Diskussionen zwischen Koalition und Opposition gibt es auch die staatsorganisatorische Betrachtung, dass es unser aller Regierung ist, die hoffentlich gut für die Menschen arbeiten wird. Hierfür wünschen wir gutes Gelingen.

Doch bei all dem guten Gelingen, das wir wünschen, gehört zu den Bemühungen und der Diskussion auch, dass es Aufgabe der Opposition – und somit auch der BVB/FREIE WÄHLER – ist, Kritik zu formulieren und Alternativvorschläge zu unterbreiten. Da finde ich es erschütternd, wie lax hier über die Kreisgebietsreform hinweggegangen wird. Verklausuliert ist in der Regierungserklärung etwas dargestellt, was bereits in Sack und Tüten ist: die Zusammenlegung von Großkreisen, die jegliche örtliche Identifikation „verunmöglichen“ wird.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [fraktionslos])

Anmaßend ist die Aussage, dass die kommunale Selbstverwaltung von Ihnen,

Herr Ministerpräsident, nicht infrage gestellt werde. Das, was so staatsmännisch beklatscht wurde, ist eine Selbstverständlichkeit.

Kein Ministerpräsident könnte auch nur ansatzweise die kommunale Selbstverwaltung infrage stellen, denn diese ist im Grundgesetz verankert. Diese Ankündigung ist kein Entgegenkommen.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [fraktionslos] und der CDU)

Ein Entgegenkommen wäre es, eine fachliche Begründung dafür zu liefern, warum man das tut.

Es wird viel von Kosteneinsparung und Kosten geredet. Sie haben den sozialdemokratischen Unternehmer Philip Rosenthal zitiert, ein wahrhaftiger Held der Geschichte, der aber – außer dem vom Ministerpräsidenten Zitieren – auch Folgendes sagte, als er aus seiner Emigration aus Gibraltar zurückkehrte:

„Wer zu früh an die Kosten denkt, tötet die Kreativität.“

Die Kreativität ist die kommunale Vielfalt und Eigenverantwortung bei all den engagierten Verwaltungsangestellten und Hauptverwaltungsbeamten. Sie selbst sagen es in Ihrem Interview in der „Märkischen Oderzeitung“ vom 14.11.:

„Wenn man sich die letzten Reformen ansieht, wird deutlich, dass man mit ihnen auf mittlere Sicht ... kein Geld spart.“

Eine bemerkenswerte Erkenntnis. Sodann heißt es weiter im Interview, dass Personalkosten gesenkt werden könnten. Das ist schlichtweg unwahr. Personalschlüssel bei den Kreisverwaltungen in anderen Bundesländern zeigen: Je größer die Kreisgrößen, desto höher die Mitarbeiteranzahl je tausend Einwohner. Nein, hier geht es lediglich um einen Kahlschlag zulasten der Menschen, der auf den Widerstand von BVB/FREIE WÄHLER und der bei uns organisierten Bürgerinitiativen stoßen wird.

*(Beifall des Abgeordneten Schulze
[fraktionslos])*

Mangelhaft ist auch der Koalitionsvertrag im Bereich der Kommunalabgaben. Wie kann es sein, dass die Altanschießerbeiträge das gesamte Land erzürnen und sich die Koalition hierzu ausschweigt? Durch Verjährungsverlängerung, für die viele, die vor mir, aber auch hinter mir sitzen, verantwortlich sind, wurde die Sache angeheizt, und dann wurden die Kommunen alleingelassen. Das ist unverantwortlich. Deswegen werden die Bürger die Verantwortung selber übernehmen.

Wenn es am 14. Dezember in meiner Heimatstadt – und Ihrer, Frau Prä-

sidentin, nämlich Bernau – heißen wird, dass die Bürger an die Wahlurnen schreiten, um in einem Bürgerentscheid für die Abschaffung dieser Beiträge im dortigen Verbandsgebiet zu stimmen, werden Sie sehen, was die Menschen darüber denken. Das wird ebenso Schule machen, wie ein anderer Bürgerentscheid bereits Schule gemacht hat: für Mitbestimmung im Bereich Straßenausbau und gegen den Anschluss- und Benutzungszwang.

Von der Landespolitik alleingelassen hat sich eine Unkultur der maßlosen Kommunalbeiträge breitgemacht. Hier gilt es, die Lebensleistung der Menschen anzuerkennen – kommunale Maßnahmen nach Augenmaß entsprechend der Leistungsfähigkeit der Bürger. Daher braucht es tiefgreifende Änderungen im Kommunalabgabengesetz – Anliegerstraßenausbau nur nach Zustimmung der Beitragspflichtigen, Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwanges und eine klare kommunale Kostenkontrolle.

Zugleich sagen wir als BVB/FREIE WÄHLER Ja zur Ankündigung des Ministerpräsidenten, wonach gleiche Bildungschancen das Fundament für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind. Diese Aussage ist völlig richtig. Alle Maßnahmen, die in diese Richtung gehen, werden wir unterstützen.

Wir sagen aber auch Nein zu Ihrer Interpretation im Bereich der Windenergie, denn die Akzeptanz hängt nicht nur von der Bezahlbarkeit ab, sondern auch vom Erhalt gewachsener Kulturlandschaften.

*(Beifall des Abgeordneten Schulze
[fraktionslos] sowie vereinzelt CDU)*

Daher braucht es einen klaren Abstand zu Wohnbebauungen, denn Brandenburg ist nicht nur dort, wo es gilt, Stärken zu stärken, sondern auch in den kleinen Dörfern im ländlichen Raum, wo es gilt, Lebensfreude zu erhalten und die Menschen zu schützen. Daher treten wir als BVB/FREIE WÄHLER für klare Abstände und gegen Umweltfrevel aus ideologischen Gründen ein.

*(Beifall des Abgeordneten Schulze
[fraktionslos])*

Sodann haben wir auch einiges zur Breitbandversorgung gehört. Da hieß es vor einigen Jahren noch „Garantieversorgung für alle überall“. Dann hieß es: „Wir versuchen, es bald zu realisieren.“ Heute haben wir nur noch ein „Wir bemühen uns.“ gehört – eine recht schwa-

che Ankündigung. Da wir uns alle bemühen sollen und wollen – und auch meine knappe Redezeit dem Ende entgegengeht –, so hoffe ich denn, dass diese verklausulierte Botschaft bezüglich der Breitbandversorgung, Herr Ministerpräsident, aber auch meine offenen Worte auf der langsamen Datenautobahn auch bis an Neiße und Elbe dringen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall des Abgeordneten Schulze
[fraktionslos] sowie vereinzelt CDU)*

Präsidentin Stark:

Ich bitte die nächste fraktionslose Abgeordnete nach vorn. Frau Schülzke erhält das Wort.

Iris Schülzke

fraktionslos



Iris Schülzke

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Werte Gäste! Starke Kommunen sind die Basis unseres Zusammenlebens. Das ist in der Tat so. Doch welche Kommunen sind stark? In der Regel Kommunen mit ausreichenden Einnahmen. Wie viele gibt es in Brandenburg? Ich glaube, wir brauchen nicht einmal zwei Hände, um diese aufzuzählen.

Ein stolzes geflügeltes Wort ist „Stärken stärken“. Was machen die anderen Gemeinden? Zusammenschlüsse – freiwillig oder pflichtig – werden an der Situation nichts ändern. Man wird in gut fünf Jahren feststellen, dass noch mehr Menschen in armen Kommunen leben. Wege zu Verwaltungen werden noch weiter und teurer.

Lauchhammer gilt nicht als besonders schwache Kommune, soll aber 10 Millionen Euro Gewerbesteuern aus dem Jahre 2006 und den Folgejahren zurückzahlen. Aus den sogenannten Einnahmen wurden jährlich 45 % und mehr an Kreisumlage gezahlt, Gewerbesteuerumlage abgeführt, und die Schlüsselzuweisungen wurden abgesenkt. Ca. 20 % der Gewerbesteuereinnahmen dürfte die

Stadt Lauchhammer behalten, so der Bürgermeister – ein Schicksal, das viele Städte und Gemeinden kennen, ein Problem, das sich nicht mit einem Ausgleichsfonds oder Ähnlichem lösen lässt.

Drehen nun die Städte wieder an der Steuerschraube, so fließen die Einnahmen überwiegend anderen zu. Weder Stadtverordnete noch Bürger verstehen so etwas.

Hinzu kommen die groben Webfehler im Haushalts- und Kassenrecht, bei der Umsetzung der Doppik in kommunalen Haushalten. Kommunen müssen Abschreibungen und Rücklagen auf der Passivseite der Bilanz ausweisen, können die Aktivseite aber nicht bedienen, weil keine oder kaum Steuereinnahmen da sind.

In ländlichen Gebieten ist die Gewerbesteuer meistens vernachlässigbar klein. Mit anderen Worten: Die Haushalte können nicht ausgeglichen werden, weil die Abschreibungen nicht erwirtschaftet werden können, da weder Gebühren noch jährlich andere Einnahmen für Straßen, Gehwege oder zum Beispiel

für die Feuerwehrtechnik eingezogen werden können. Selbst die Gebühr für technische Hilfeleistungen bei fahrlässig verursachten Unfällen kann für die Feuerwehr nicht eingezogen werden, weil es Gesetzeslücken gibt, die trotz vieler Forderungen aus den Kommunen nicht behoben wurden. In Niedersachsen ist dies vor Jahren geschehen. Das heißt, ein fahrlässig verursachter Unfall, bei dem die Feuerwehr ausrücken, helfen, sperren und räumen muss, bezahlt in Brandenburg der Steuerzahler und der freiwillige Feuerwehrmann, in Niedersachsen hingegen die Unfallkasse oder die Haftpflichtversicherung.

Die Feuerwehr ist ein kleines praktisches Beispiel. Hunderttausende Euro Abschreibungen für Gehwege, Straßen, Schulen oder für Feuerwehrgerätehäuser in der Bilanz darzustellen ist ein großes Problem für jede Gemeinde. In anderen Ländern gibt es praktikable Lösungen, zum Beispiel die Ausgleichsrücklage, die aus dem Eigenkapital gebildet wird – Dinge, die für Brandenburg auch machbar sind, wenn man es will.

Noch ist es der Weg der Kommunalaufsichten, den Gemeinden zum Beispiel die Schulbibliotheken und die Jugendtreffs zu untersagen, weil freiwillige Aufgaben zu kürzen und zu streichen sind, wenn der Haushalt nicht ausgeglichen ist.

Im Koalitionsvertrag steht zur Gemeindefinanzierung: „Weiter so ...“ Goethe sagte als Staatsminister: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort ...“ Erkannte Krankheiten, besonders solche Kinderkrankheiten, kann man heilen und Webfehler umstricken. Falsch ist es, ein Pflaster drüber zu kleben in der Hoffnung, es hält ewig.

Lassen Sie uns die vorgenannten Themen schnell aufgreifen und Verbesserungen anstreben, weil man keine Kranken, sondern für die Zukunft starke Kommunen braucht. Kommunen müssen fit sein für die neuen Herausforderungen, die vor uns stehen, nicht zuletzt in der Bildungspolitik oder in der Problematik der Unterbringung von Flüchtlingen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der Abgeordneten Schulze und Vida [fraktionslos] und bei Abgeordneten der Fraktion B90/GRÜ-NE)

Präsidentin Stark:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit beenden wir die Aussprache zur Regierungserklärung. Ich stelle fest, dass wir die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen haben.

Herausgeber: Landtag Brandenburg, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Herstellung: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Landtag Brandenburg

Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0

Fax 0331 966-1210

post@landtag.brandenburg.de

www.landtag.brandenburg.de